

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Bahnhallen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Breh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneides, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Willkommen in Dresden!

Im schönen Elbflorenz tagt in der kommenden Woche unser Verbandsparlament. Aus allen Gauen Deutschlands eilen die Vertreter herbei, um rückschauend zu prüfen, ob die Einrichtungen des Verbandes sich bewährt haben, und vorwärtsschauend zu erwägen, nach welcher Richtung Änderungen oder Ergänzungen notwendig sind. Es ist eine alte Erfahrung, daß die vom Vertrauen der Mitglieder getragenen Delegierten ihre Aufgabe sehr ernst nehmen und redlich bemüht sind, das Interesse der Organisation nach jeder Richtung hin zu wahren. Das kann ja auch gar nicht anders sein. Die gewerkschaftliche Organisation ist der Arbeiter ureigene Schöpfung. Ohne Hilfe und Protektion von „oben“ wird sie geschaffen, gegen eine Welt von Feinden aufrechterhalten. Alles für die Arbeiter ist ihr Ziel, alles durch die Arbeiter ihr Grundgesetz. Damit ist gesagt, daß das Interesse der Mitglieder sich mit dem Interesse der Organisation deckt und daß der Wille des einzelnen ein Teil des Gesamtwillens der Organisation ist. Die absolute Gleichberechtigung aller Mitglieder ist in den Gewerkschaften ganz selbstverständlich. Aus diesen Tatsachen erklärt sich der Ernst, mit dem die Delegierten an ihre Aufgabe herantreten und der Eifer, den sie bei der Erfüllung derselben entwickeln.

Selbstverständlich kommt es trotzdem vor, daß der eine oder andere die Grenze zwischen großzügiger, fruchtbringender Kritik und kleinlicher Mordgelei nicht findet oder daß Vorschläge gemacht und besprochen werden, deren Zweckmäßigkeit oder Durchführbarkeit bezweifelnde Zweifel erweckt. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß eine Versammlung gleichberechtigter und gleichinteressierter Menschen schwierigen Situationen zu begegnen und boreillege Vorschläge zu verhindern weiß. Das gilt ganz allgemein, es gilt auch, im besonderen, für unsern Verband. Ein Streifzug durch unsere Verbandstagsprotokolle wird jeden von der Richtung dieser Sätze überzeugen.

Von dieser Auffassung ausgehend dürfen wir auch von dem Dresdner Verbandstag eine weitere Förderung unserer Verbandszwecke erwarten. Die Tagesordnung bietet scheinbar zu umfangreichen, grundsätzlichen Auseinandersetzungen und Beschlüssen wenig Raum. Aber nur scheinbar. In Wirklichkeit sind einige Punkte geeignet, nicht nur eine lebhafte Aussprache herbeizurufen, sondern auch unsere Verbandsentwicklung wesentlich zu beeinflussen. Vor allem der dritte Punkt: Abgrenzung des Verbandsgebietes. Ueber das Thema selbst ist in den letzten Wochen im „Proletarier“ so viel und so verschiedenes gesagt worden, daß es unmöglich ist, im Rahmen dieses Artikels auch nur andeutungsweise das wesentlichste davon wiederzugeben. Es kann aber, besonders nach den bisherigen Erörterungen, kaum einem Zweifel unterliegen, daß bei der Beratung dieses Punktes die Meinungen hart aufeinanderprallen werden. Das ist sachlich durchaus erklärlich. Die Zusammenfassung unseres Verbandes ist nun einmal so, daß wir mit irgendeinem Schema nicht auskommen. Eine allgemeine Aussprache kann da manches klären und bessern.

Auch der vierte Punkt: „Die Branchengliederung innerhalb unserer Organisation“ ist von weittragender Bedeutung. Seither ist, wenigstens in den meisten Fallstellen, die Mitgliedschaft als Einheit behandelt worden. Das gemeinsame Band war die Stellung als Arbeiter schlechthin. Das war richtig und ausreichend, solange der Verband die Agitation in den Vordergrund stellte und stellen mußte und solange diese Agitation sich an die fortgeschrittenen, geistig regsamsten Arbeiter richtete. Noch vor einem Jahrzehnt wäre eine Gliederung nach Branchen innerhalb des Verbandes nicht einmal möglich, geschweige denn notwendig gewesen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse verschoben. Wir müssen mit unserer Agitation an Arbeiter heran, die der Arbeiterbewegung gleichgültig, oft mißtrauisch oder gar feindselig gegenüberstehen. Wir müssen zeigen, daß wir nicht nur die Arbeiterinteressen schlechthin, sondern die Interessen der in unserm Verband organisierten Arbeiter insbesondere vertreten wollen und können. Wir können es jedoch nur, wenn wir uns intensiv und eindringlich damit beschäftigen. Dazu ist aber die systematische Arbeitsteilung, die planmäßige Gliederung erste Voraussetzung. Die Anfänge einer solchen Gliederung haben wir übrigens schon seit einigen Jahren. Wir haben nicht nur Agitationszentralen für einzelne Industriezweige und eine der Zusammensetzung unseres Verbandes entsprechende Einteilung des Verbandsorgans, sondern auch schon Ansätze zur Branchengliederung in einzelnen größeren Fallstellen. Es handelt sich also unter diesem Punkt nicht darum, durchweg Neues zu schaffen, sondern zu prüfen, ob und in welcher Richtung diese Ansätze und Anfänge ausgebaut werden sollen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung sind zwar mehr allgemeiner Natur, aber darum zum Teil nicht minder wichtig. Die Beratung der Statuten z. B. stellt die extraktive Zusammenfassung aller in den letzten Jahren gewonnenen Erfahrungen dar. Wenn

auch einschneidende Änderungen, namentlich im Unterstützungsweesen, nicht zu erwarten sind, dürfte doch der eine oder andre Paragraph unserer Verfassung einer Revision unterzogen werden.

Der Bericht des Vorstandes wird kaum Anlaß zu lebhaften, kritischen Auseinandersetzungen geben. Womit nicht gesagt ist, daß nicht auch unter diesem Punkt wertvolle Anregungen gegeben und zweckmäßige Vorschläge gemacht werden können. Daß der Vorstand solche Anregungen wünscht und erwartet, geht schon daraus hervor, daß er sich nicht auf eine mündliche Berichterstattung beschränkt, sondern den Delegierten einen ausführlichen gedruckten Bericht schon einige Wochen vor dem Verbandstag zustellt. Damit ist den Delegierten die Möglichkeit gegeben, sich vorher in Ruhe über das Wichtigste aus dem Verbandsleben der letzten zwei Jahre zu unterrichten und etwaige Vorschläge sorgfältig zu prüfen.

Es ist ungemein lehrreich, sich in den nicht sehr umfangreichen, aber inhaltreichen Bericht zu vertiefen. Jede Seite und namentlich jede Tabelle zeugt von rastloser gewerkschaftlicher Arbeit, von unaufhaltsamem Fortschritt, von wachsenden Erfolgen. Schon die einfachen Kassenzahlen geben ein Bild von der Stärke, der Leistungsfähigkeit, der Unermüdllichkeit der geeinigten Arbeiterschaft. Muß nicht jedes Verbandsmitglied mit Stolz und Freude davon Kenntnis nehmen, daß der Verband in den beiden Berichtsjahren (1910 und 1911) 8 1/2 Millionen Mark Einnahmen und 6 1/2 Millionen Mark Ausgaben hatte! Und muß nicht der Kassenschatz von mehr als 2 Millionen Mark bei jedem ein Gefühl der Sicherheit, des Geborgenseins auslösen? Noch erfreulicher wird das Bild, wenn wir die einzelnen Posten des Kassensberichts durchgehen. Dann zeigt sich so recht, daß und in welchem Maße der Verband den Mitgliedern Helfer und Helfer in den Nöten des Lebens gewesen ist. Mit mehr als 1 1/2 Millionen Mark wurden die Mitglieder unterstützt, die mit den Unternehmern um bessere Arbeitsbedingungen kämpften, fast 2 1/2 Millionen Mark erhielt unsere Kranken- und arbeitslosen Mitglieder, rund 100 000 Mk. wurden aufgewandt, um die Mitglieder gegen den Terrorismus maßregelnder Unternehmer zu schützen, 122 000 Mk. wurden an die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder gezahlt, mehr als 70 000 Mk. an solche Mitglieder, die sich an einem andern Orte ein neues Heim, Arbeit und Brot suchen mußten. Fürwahr, das sind Zahlen, die selbst in schwerfälligen Köpfen die Ueberzeugung wecken müssen, daß der Zusammenhalt der Arbeiter Sicherheit und Kraft gibt.

Noch eindringlicher reden die Erfolge des Verbandes. Für 34 099 Arbeiter und Arbeiterinnen wurde, teils durch friedliche Lohnbewegungen, teils durch einen Kampf, eine Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 7 432 3 Stunden pro Woche und für 82 581 Arbeiter und Arbeiterinnen wurde eine Steigerung des Lohnes um 1 333 64 M. in jeder Woche erreicht.

Noch deutlicher fast als durch den Umfang und den materiellen Erfolg der Lohnkämpfe wird der wachsende Einfluß des Verbandes bewiesen durch die fortschreitende Entwicklung des Tarifvertragswesens. Es war und ist in unserm Verbandsgebiet besonders schwierig, die kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen in größerem Umfang durchzuführen. Wir haben in der Hauptsache mit finanziell starken Großbetrieben zu tun, deren Inhaber oder Leiter aus ihrer Abneigung gegen jede Gleichberechtigung oder Arbeiter gar kein Hehl machen. Die wenigen einsichtigen Unternehmer, die sich nicht darauf verstoßen, in jedem Augenblick den „Herrn im Hause“ herbeizurufen, werden von den übrigen hermaßen bearbeitet, daß auch sie einer tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen Widerstand entgegensetzen. Hat aber doch ein Unternehmer seine Bedenken überwunden und einen Versuch mit der Anerkennung der Arbeiter gemacht, sofort fallen die Vertreter der Unternehmerverbände über den Sünder her. Unter solchen Umständen ist es doppelt erfreulich, daß wir über eine nicht unerhebliche Ausbreitung des Tarifwesens in den letzten Jahren berichten können.

Zu Beginn des Jahres 1910 waren im Verbandsgebiet 124 Verträge für 195 Betriebe mit 17 495 beschäftigten Personen in Kraft. Am Schlusse des Jahres 1911 betrug die Zahl der Verträge 293, die Zahl der vertraglich geregelten Betriebe 495 und die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter 31 397. Die Steigerung beträgt bei den Verträgen 136 Prozent, bei den Betrieben 154 Prozent und bei den beschäftigten Personen 80 Prozent. Galt diese Entwicklung des Tarifwesens an, so wird für immer weitere Mitgliederkreise das Arbeitsverhältnis bis zu einem gewissen Grade unabhängig gemacht von der Willkür des Unternehmers. Welchen Wert das, namentlich in Krisenzeiten, hat, ist nur allzu bekannt. Bemerkenswert ist noch, daß 1911 von 55 ablaufenden Verträgen, die für 68 Betriebe mit 5606 Arbeitern Gültigkeit hatten, 43 Verträge für 63 Betriebe mit 5520 Arbeitern verlängert bzw. er-

neuert wurden. Dieses Ergebnis berechtigt uns zu der Feststellung, daß sich die vertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen auch in unserm Verbandsgebiete bewährt hat. Die Ausbreitung des Vertragswesens wird allerdings weniger durch diese Erkenntnis beeinflusst als durch die Ausbreitung und Stärkung des Verbandes. Leider gibt es immer noch Arbeiter, die ungeachtet aller Erfolge an dem Wert der gewerkschaftlichen Organisation zweifeln und entweder gleichgültig abseits stehen oder gar in den vom Unternehmer gegängelten gelben Vereinen eine Vertretung ihrer Interessen erwarten! Sehr richtig sagt der Bericht hierüber: „Daß die Unternehmer sich zusammenfinden, ist an und für sich natürlich. Unnatürlich, bedauerlich ist es, daß es den kapitalistischen Ausbeutern in der Großindustrie, ja selbst in der mittleren Industrie gelingt, den kämpfenden Arbeitern aus den Reihen ihrer Klassen Genossen selbst einen Prellbock entgegenzusetzen.“

In besonderen Abschnitten wird über die Bemühungen des Verbandes, die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiter mobil zu machen, berichtet. Auch auf diesem Gebiete hat der Verband erhebliches geleistet. Allerdings hat nur ein Bruchteil seiner Bemühungen Erfolg gehabt.

Die alte Forderung, die der Verband besonders im Interesse der Arbeiter der chemischen Industrie erhob: Anerkennung der Gewerbekrankheiten als Unfälle, hat zu einem teilweisen Erfolg geführt. In der Reichsversicherungsordnung ist bestimmt, daß der Bundesrat für einzelne Gewerbekrankheiten entsprechende Bestimmungen erlassen kann. Auch die Versuche, mehr Arbeiterschutz für die gefährlichen Betriebe der chemischen Industrie zu erreichen, sind nicht ganz fruchtlos geblieben. So sind für die Zwischengruben- und Teerfarbenindustrie einheitliche Anweisungen oder Grundsätze aufgestellt, die der Behörde als Unterlage für die Ueberwachung und Genehmigung der betreffenden Anlagen dienen. Auch für die Sprengstoffindustrie sind von den Bundesregierungen eingehende Vorschriften und Anweisungen erlassen. Ferner wurde im Reichstag eine auf die Initiative unseres Verbandsvorsitzenden zurückzuführende Resolution angenommen, die „... den Reichskanzler ersucht, bei Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie auch Vertreter von Arbeiterorganisationen der chemischen Industrie zur Mitwirkung heranzuziehen.“ Dagegen ist es leider nicht gelungen, den durch die Hundsteuere schwer geschädigten Hundsteuarbeitern eine Unterstützung aus Reichsmitteln zu sichern.

Sehr viel andre Angaben des Berichts legen noch Zeugnis ab für die gesunde Lebenskraft des Verbandes. So die Zahlen über die Entwicklung des Mitgliederstandes. Mit 141 024 Mitgliedern traten wir in das Jahr 1910, mit 189 413 standen wir an der Schwelle des jetzt laufenden Jahres. Das ist ein Gewinn von 50 000 Mitgliedern in zwei Jahren. Das laufende Jahr hat uns weiteren Zuwachs gebracht. Schon im April konnten wir 200 000 Mitkämpfer zählen, heute ist die Zahl auf ca. 210 000 angewachsen. Angesichts dieser Entwicklung unseres Verbandes kann man es verstehen, wenn die Unternehmer unruhig werden und unablässig auf Mittel sinnen, wie uns der Gewinn zu machen wäre. Aber was ist es am letzten Ende anders als eine glänzende Anerkennung unserer Arbeit, eine wertvolle Bestätigung unserer Erfolge, wenn die Unternehmerorganisation der chemischen Industrie lange Fragebogen über unser Wirken ausfüllt und im Begleitschreiben angstvoll klagt:

„Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, Berlin, bezw. sein sozialpolitisches Komitee verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes, in dessen Zunahme und Machtzuwachs er eventuell eine ernste Gefahr für die Prosperität der chemischen Industrie Deutschlands in der Zukunft erblickt.“

Wir quittieren diese Anerkennung und haben nur den Wunsch, daß die Unternehmer die wahren Gründe ihres Kampfes gegen uns öffentlich ebenso klar vertreten möchten wie in ihrem geheimen Rundschreiben.

So zeigt uns ein flüchtiger Rundblick, daß wir marschieren und daß wir nicht abgeirrt sind von dem Wege zu unserm Ziele. Diese erfreuliche Gewißheit wird die Delegierten des Verbandstages nicht abhalten, mit Ernst und Eifer zu beraten, ob und wie sich das Tempo unseres Vordringens beschleunigen, wie sich das Verbandschiff gegen alle Stürme der Zukunft sichern läßt. Den Erfolg dieses Strebens wird erst die Zukunft abschätzen. Heute können wir nur hoffen, er möge unsere Erwartungen rechtfertigen. In dieser Hoffnung entbieten wir dem Verbandstag unsere Grüße zu ernster Arbeit und ein herzliches

Willkommen in Dresden!

Dresden, eine Hochburg der Gewerkschaftsbewegung.

Durchzogen vom silberglänzenden Bande der Elbe, umrahmt von herrlichen Höhen und weit ins Land hinausschauenden Bergen, erfüllt Elbflorenz das Herz eines jeden Naturfreundes mit heller Freude. Auch das Innere der Stadt selbst, die Einrichtungen, Museen und Galerien bieten unendlich viel für jeden, der für Kulturgüter empfänglich ist. Ohne Zweifel, kein Delegierter wird von Dresden scheiden, ohne anhaltende Freundschaft diesem herrlichen Städtchen Erde zu bewahren.

Dresden, das insbesondere den begüterten Kreisen einen angenehmen und gern gesuchten Aufenthalt bietet, bildet aber nicht nur den Mittelpunkt unendlicher Naturschönheiten. Dresden ist auch eine alte historische Stätte des Arbeiterkampfes, eine Hochburg der gewerkschaftlichen Organisation.

Hervorgegangen aus den allerersten Anfängen der politischen Sturm- und Drangperiode der Jahre 1848 und 1849 zählen die vereinigten Dresdner Gewerkschaften zurzeit 88 000 Mitglieder, wovon 13 000 weibliche sind. Die 69 Gewerkschaften sind ohne Ausnahme dem Kartell angegliedert, welches im Jahre 1893 gegründet worden ist. Seit dieser Gründung kann von einem mächtigen Aufblühen der gewerkschaftlichen Bewegung in Dresden gesprochen werden.

Schon vor dem Sozialistengesetz bestanden in Dresden Organisationen der Buchdrucker, Tabalarbeiter, Handschuhmacher, Tischler, Buchbinder, Steinmetzen, Gutmacher, Schneider, Maurer, Holzarbeiter, Bildhauer, Lederarbeiter, Lithographen, Glasarbeiter, Tapezierer, Zimmerer und Stukkateure. Durch das Sozialistengesetz wurden diese Organisationen aber teils polizeilich aufgelöst, teils auf eigenen Beschluß aufgehoben. Trotz Auflösung und Unterdrückung konnte selbst unter dem schmachvollen Ausnahmegesetz der Gedanke der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit nicht unterdrückt werden, und immer wieder wurde der Versuch gemacht, Gewerkschaften zu gründen, die allerdings nur auf lokaler Grundlage aufgebaut werden konnten. Nach dem Falle des Sozialistengesetzes gingen auch die Dresdner Lokalorganisierten Arbeiter dazu über, Zentralorganisationen zu schaffen. Nur wenige Ausnahmen waren zu verzeichnen, wo die Gründung einer zentralen Organisation unterblieb. In diesen Fällen waren es meist persönliche Gründe, die davon abhielten. Zu ersten Zwistigkeiten ist es nur unter den Metallarbeitern gekommen, indem sich eine Anzahl Mitglieder vom Metallarbeiterverband lösten, um der sogenannten Richtung der „Wiesenthaler“ beizutreten. Später trat diese Gruppe aber zu den „Rosenthalern“ über und schloß sich weiter der freien Vereinigung der Gewerkschaften Deutschlands an. Heute ist aber in Dresden von diesen Sonderständen kaum noch etwas zu hören. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Arbeiter gezwungen haben, die Organisationen immer größer und umfassender zu gestalten, haben diese Sonderstände zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Die „Hirsch-Dandert'schen Gewerkschaften“, die in Dresden ein eigenes Sekretariat haben und deren Sekretär vor einigen Jahren vom König „deportiert“ wurde, verfügen kaum über wenige hundert Mitglieder, die in ihrer Organisation nur ein Scheinbasen führen. Die „Christlichen“ dürften nicht einmal über hundert Mitglieder verfügen, denn nur selten wird in der Öffentlichkeit von dieser Bewegung gesprochen. Die gelbe Organisation, die insbesondere im Betriebe der Näh- und Schreibmaschinenfabrik von Seidel u. Raumann gestiftet wurde, die aber in weiteren Betrieben kaum ein Dutzend Mitglieder gezählt haben dürfte, scheint im Verfall zu sein, denn der allergrößte Teil der Arbeiter der Firma Seidel u. Raumann besteht jetzt wieder aus Angehörigen der freien Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften haben ihre im Gewerkschaftskartell konzentrierte Macht dazu benutzt, auf allen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit gegenwärtig zum Besten der modernen Arbeiterbewegung zu wirken. Schon im Jahre 1895 gründete das Gewerkschaftskartell eine „Bauarbeiter-Schutzkommission“, deren Tätigkeit anregend für andere Städte wirkte. Die weitere Tätigkeit des Kartells in der ersten Zeit seiner Wirksamkeit umfaßte allerdings wesentlich nur die Ausbringung von Mitteln für die großen Streiks. Alle die großen Arbeiterkämpfe in Hamburg, Krimmichau, Schweden usw. fanden durch die Dresdner Arbeiterkraft reichliche Unterstützung. Als im Jahre 1900 das Kartell eine allgemeine Arbeitsschutzsicherung durchzuführen wollte und hierfür die Zustimmung von Haus zu Haus ausgehen werden sollte, verbot dies die Polizei unter der Begründung, es würde „dadurch das Publikum beunruhigt“ werden. Ob durch das Verbot oder durch die Feststellung der Arbeitslosigkeit, war von der Polizei nicht zu erfahren.

In den späteren Jahren wurden dann mit Unterstützung der sozialdemokratischen Vereine Arbeitsschutzsicherungen vorgenommen, an der fast über 1000 Jöhler beteiligten. Die Folge der festgestellten Arbeitslosigkeit war, daß sich der Stadtrat dazu verband, an die Gewerkschaften die Frage zu richten, ob sie geneigt wären, an der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises mitzuwirken. Die Frage kam aber nicht zur Erledigung, da die treibenden Kräfte des Bürgerturns demnach auf die Stadtverwaltung einwirkten, daß diese die Angelegenheit gar nicht weiter verfolgte. In den folgenden Jahren veranstaltete das Kartell größere Arbeitslosenversammlungen, in der Art der Anträge an die Stadtverwaltung beschlossen wurden. Im Jahre 1908 fand nach Schluß einer von 1500 Arbeitslosen besuchten Versammlung zu der weitere 1000 keinen Einlaß finden konnten, ein Demonstrationsschritt nach dem Altmühl und nach dem Schloßplatz statt, der aber einen ruhigen Ausgang nahm. Im Jahre 1910 beschloß das Kartell, an der Errichtung eines von der Preis-Kartellkommission geplanten Arbeitsnachweises teilzunehmen.

Eine wesentliche Erringung des Kartells ist das im Jahre 1905 errichtete Arbeitersekretariat. In diesem Sekretariat sind zwei Stellen von Hauptassistenten und zur Unterstützung etwa zehntausend Ehrenmitglieder zurzeit drei Sekretäre tätig. Die Ausgaben des Sekretariats im Vorjahre betrug 12 749 Reichsmark. Es wurden 1625 Ehrenmitglieder angefertigt und weiter noch 36 persönliche Kartellkarten von den verschiedenen Hauptversammlungen beschaffen.

Weiter unterhält das Kartell eine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Kasse, in der auch die Stadtverwaltung im Jahre 1911 einen Beitrag von 500 Mk. bewilligte. Die Arbeitslosen werden über in den Wintermonaten nicht allein unterstützt, es

werden ihnen auch von Zeit zu Zeit durch besondere Zuwendungen der Gewerkschaften und Private Lebensmittel, wie Brot, Kartoffeln, Heringe usw. verabreicht. In der Zeit vom 18. Dezember 1911 bis 11. März d. J. wurde die Warmhülle an 70 Tagen von insgesamt 17 000 Personen aufgeführt, darunter auch 396 Jahrlöhner. Für Verteilung kamen 10 000 Bierbrot, 125 Teller Kartoffeln, 175 Pfund Schweinefleisch, 2 Tonnen Heringe, 100 Pfund Schokoladenmehl, 50 Pfund Nudeln und 12 000 Zigarren. Die Einnahme betrug 5578,37 Mark, der eine Ausgabe von 5572,72 Mk. gegenüberstand. Alljährlich zu Weihnachten wird den wandernden Arbeitslosen, die fern von der Heimat und den Lieben keine Stätte des Friedens und der Liebe sonst finden würden, unentgeltlich Speisen und Getränke verabreicht, auch den „Unbeschäftigten“ das notwendige Schuhzeug gestellt.

Auch auf dem Gebiete des Kinderschutzes ist das Kartell vereint mit der Partei tätig. Die Errichtung einer Kinderschutzkommission ist in einer Großstadt wie Dresden eine unbedingte Notwendigkeit. Kindermisshandlungen, übermäßige Ausbeutung von Kindern, Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz usw. werden von den Mitgliedern dieser Kommission untersucht, und, soweit durch persönliches Eingreifen der Verstoß keine Erledigung findet, Maßnahmen an die zuständigen Behörden weitergegeben. Der Verkehr der Behörden mit dieser Kommission muß als gut bezeichnet werden, ein Beweis, daß auch dort die Tätigkeit der auf diesem Gebiete tätigen Frauen und Männer Anerkennung gefunden hat.



Die Gipfel glühen.

Und aufwärts geht es Schritt vor Schritt,
Zweihunderttausend schreiten mit;
In qualenklaren Seelen bricht
Der hohe klare Sonnenlicht:
Die Freude am Leben.

Wir lagen tief in Not und Schmach,
Bis unsres Wessens Siegel brach,
Bis über uns der Schutt zerfiel
Unter der Faust, die sich erhob,
Uns zu zerschmettern.

Da rekt' empör aus dunkler Nacht
Ihr blondes Haupt die Volkeskraft;
Da fühlten wir an Schlag und Stoß,
Am Strom, der heiß zum Herzen schloß,
Blut in den Adern.

Da lebten wir die schwere Zeit,
Ein harter Lehrherr war das Leid:
Es lehrte uns zusammenstehn,
In klirrenden Ketten vorwärtsgehn,
Uns bäumen und wehren!

Und rasch verrauchte Jahr um Jahr,
Verklungen ist, was damals war,
Wo Wundgepeitschte stöhnten, geist
Ein Tubaton durch blaues Feld,
Eine Siegesfanfare.

Heut stehn wir da: in stolzer Wehr,
Ein kriegsbereit Millionenheer -
Statt Speer und Büchse Pflug und Beil,
Der Zukunft Trost, der Menschheit Heil
In starken Händen!

Und vorwärts geht's mit hartem Schritt,
Und Millionen schreiten mit.
Aus heißen Kehlen bricht ein Schrei:
Das Ziel so nah - so licht - so frei!
Die Gipfel glühen!



So spiegelt sich überall kulturelles Leben in dieser Zentralstätte der Gewerkschaften wieder. Doch auch innerhalb der einzelnen Gewerkschaften sind unendliche treibende und befruchtende Kräfte tätig. Allein gegen 30 Beamte stehen im Dienste der Gewerkschaften. Unabhängig vom Kapital, sind sie in der Lage, mit der notwendigen Umsicht und Entschlossenheit für die Interessen ihrer Auftraggeber zu wirken. Und die Kämpfe, die gerade in Dresden von den Gewerkschaften gegen ein blindwütendes Unternehmertum ausgefochten werden mußten, erforderten Umsicht und Entschlossenheit im weitesten Maße. Weit über die Grenzen Dresdens hinaus zog der Kampf der Glasarbeiter gegen die „Weltfirma“ Siemens seine Kreise, gewaltig tobte im Jahre 1908 der Kampf der Metallarbeiter gegen die Firma Seidel u. Raumann, abgesehen von den unendlich vielen Kämpfen der übrigen Gewerkschaften. Erstens doch noch im Jahre 1911 die Streiks der Dresdner Gewerkschaften die Summe von 417 686,70 Mk. nebst 22 000 Mk. Gemahregelgeldunterstützung. Zu den gewaltigen Gestalten, die diese Kämpfe verursachten, kommen noch die gewaltigen Strafen an Zuchthaus, Gefängnis- und Geldstrafen, die die Gewerkschaften in ihrem Kampf um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu tragen hatten. Wir erinnern hier an das Söbtauer Zuchthausurteil, durch das allein 7 Bauarbeiter zu insgesamt 53 Jahren Zuchthaus und 2 Monaten und 8 Tagen Gefängnis verurteilt wurden, und weiter an den Fall, wo ein Maurer zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt wurde wegen „Erpressung“, weil er seinem Arbeitgeber angelobt hatte, seine Kameraden würden die Arbeit niederlegen, wenn er nicht den tarifmäßig festgesetzten Lohn bezahle. Insbesondere brachte auch das alte sächsische Vereinsgesetz, auch „Jubel“ genannt, durch seine schändlichen Bestimmungen über Winterjährige, Versammlungssammlung und Ueberwachung der Gewerkschaftsversammlungen, unendliche Wortentzerrungen, Auflösungen, Politisch-Erklärung sowie Geld- und Gefängnisstrafen. Auch das neue „liberale Vereinsgesetz“ ist schon gegen die Gewerkschaften angewendet worden, indem die

Jahrestellen des Bauarbeiter- und des Brauerverbandes für politisch erklärt wurden, weil sie der Partei Mittel für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt hätten. Trotzdem und allem schreiten aber die Gewerkschaften ruhig vorwärts. Ständig werden neue Waffen geschmiedet, um den Sieg der Befreiung der Menschheit von geistiger und körperlicher Knechtschaft zu erkämpfen. Als Waffenschmiede kommt da ganz besonders das Volkshaus in Frage, das in den letzten Tagen das Fest seines zehnjährigen Bestehens feiern konnte. Neben dem Bureau fast aller Gewerkschaften umfaßt das Volkshaus, das aus einem Block von vier größeren Häusern an der Ribbenbergstraße und Maystraße besteht und in unmittelbarer Nähe des Wettiner Bahnhofes liegt, die Herberge für die reisenden Gewerkschaftsgenossen, die bei einer Bettenzahl von 70 im Jahre 1911 von etwa 8000 Durchreisenden in Anspruch genommen wurde. Weiter sind auch 16 Hotelzimmer mit 20 Betten vorhanden. Die Verwaltung des Volkshauses erfolgt in eigener Regie. Infolge der notwendigen gewordenen Vergrößerung durch Ankauf zweier Häuser erklärten sich die Gewerkschaften bereit, der Volkshausverwaltung ein zinsfreies Kapital in Höhe von 3 Mk. pro männliches Mitglied und 1,50 Mk. pro weibliches Mitglied zur Verfügung zu stellen, welche Summe in ganz kurzer Zeit aufgebracht wurde. Weiter werden noch zugleich mit dem Kartellbeitrag pro Mitglied und Jahr 10 Pf. jeweils vier Gewerkschaftsmitglieder als Zuschuß für das Volkshaus aufgebracht, wodurch diesem eine gesicherte Grundlage gegeben worden ist. Auch ein 600 Personen umfassender Saal ist vorhanden. Allerdings zu kein, um die Delegierten des Verbandstages aufnehmen zu können.

Wichtig in allem: Es ist ein Bild pulsierenden Lebens, freilebender Kraft, was die Dresdner Arbeiterbewegung uns bietet. Und diese Arbeiterschaft ruft den aus allen Wägen Deutschlands nach Dresden strömenden Delegierten des Fabrikarbeiterverbandes ein „Herzliches Willkommen!“ entgegen, entbietet ihnen allen ein kerniges „Glück auf!“ zu erster Arbeit. Weiß doch die Dresdner Arbeiterschaft, daß das, was die Delegierten des Verbandstages in ruhiger erster Arbeit leisten werden, nicht allein dem engeren Verband zum Segen gereichen wird. Es wird kurzweiliger und fruchtbarer zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung wirken. Deshalb nochmals: „Herzlich willkommen in Dresden! Glück auf zu kulturell fördernder Arbeit!“ B. M.

Fünfzehn Jahre Verbandsentwicklung in Dresden.

Begriff von 4000 Streikern treten am 4. August die Vertreter der 200 000 Kämpfer unserer Organisation zusammen, um Mittel und Wege zu suchen, das Verbandskloster vorwärts zu bringen. Es lohnt sich da, auch einen kurzen Rückblick über die Entwicklung der gestiegenen Jahrestelle zu geben. Vorausgesetzt soll werden, daß die Entwicklung unserer Jahrestelle zu keiner Zeit eine sprunghafte war. Langsam, oft gar zu langsam, aber doch stetig nach vorwärts drängend, vollzog sich die Entwicklung. Auch verhältnismäßig spät, nachdem fast alle anderen Vereine ihre Organisation hatten, kamen die sogenannten ungelerten Arbeiter Dresdens auf den Gedanken, sich zu organisieren. — Im Februar des Jahres 1897 war es, als eine Anzahl Arbeiter der Sächsisch-Böhmischen Gummiabrik in Dresden-Löhna (die heute nicht mehr existiert) eine Jahrestelle des Fabrikarbeiterverbandes gründeten. Man versuchte gleichzeitig, die Arbeiter der Gummiabrik Schwiebert zum Anschluß zu bewegen, und in kurzer Zeit waren 170 Mitglieder vorhanden. — Das junge Gebilde war aber nicht nur den Unternehmern, sondern auch der Söbtauer Polizei ein Dorn im Auge, die es sich in den Kopf gesetzt hatte, die Organisation unter allen Umständen zu vernichten. Hausdurchsuchungen wurden vorgenommen, Strafverfahren verhängt, den leitenden Personen allerlei Schwierigkeiten bereitet, aber keine der Maßnahmen war imstande, das junge Pflänzchen zu ersticken.

Dafür traten andre Schwierigkeiten ein. Es fehlte an genügend vorgebildeten Kollegen, die in der Lage waren, die Jahrestelle durch alle Fährnisse sicher zu leiten. Streitigkeiten, oftmals persönlicher Natur, die unter den jungen Mitgliedern ausbrachen, trugen dazu bei, daß das begeisterte Feuer nachließ, so daß nach Jahresfrist von 170 Mitgliedern nur noch ca. 50 vorhanden waren. Die andern waren ausgetreten oder mußten gefahren werden. Hinzu kam noch, daß in der Söbtauer Gummiabrik Differenzen ausbrachen, die aber, weil die Organisation noch zu jung und zu schwach war, nicht durch einen Kampf beantwortet werden konnten. Dadurch wurden die Zerrwürfeln noch gesteigert. Glücklicherweise ließen die Ueberlebenden den Mut nicht sinken. Eine umfassende Aenderung der Verwaltung wurde vorgenommen, Hausstiller gewählt, denen im Gegensatz zu früher eine keine Entschädigung für ihre Verwaltung gezahlt wurde. Diese Maßnahmen zeitigten den Erfolg, daß die Jahrestelle Mitgliederzahl bald überschritten wurde.

Nunmehr gelang es, auch in andern Betrieben Fuß zu fassen. Aus der Papierfabrik von Trause u. Baumann schlossen sich die Arbeiter dem Verbande an. Zahlreiche Mißstände in der Söbtauer Papierfabrik gaben Grund zu einigen öffentlichen Versammlungen. Während die erste von zwei Vorarbeitern gesprengt wurde, nahm die Arbeiterschaft in der zweiten Versammlung eine Resolution an, die die bestehenden Mißstände scharf verurteilte und deren Abschaffung verlangte. Eine keine Lohnforderung wurde von der Direktion bewilligt, dafür aber der Besatzmeister gemahregelt. Heute noch bestehen in dieser Fabrik die denkbar traurigsten Verhältnisse, was darauf zurückzuführen ist, daß die dort beschäftigte Arbeiterschaft alle Mahnungen, sich zu organisieren, in den Wind geschlagen hat.

Aber die Schwierigkeiten wollten immer noch nicht schwinden. Die Uneinigkeit der Kollegen untereinander war zu groß, um gut und zielbewußt arbeiten zu können. Es ging langsam, sehr langsam vorwärts. In Potschappel und Mägden konnten zwar neue Jahrestellen gegründet werden, die aber auch alle die Kinderarbeiten durchzumachen hatten. Allmählich gelang es, auch in andern Betrieben festen Fuß zu fassen. Die Verschlechterungen der Lohnverhältnisse in der gemischten Fabrik von Herben in Kadebeul zeigten den dort beschäftigten Arbeitern die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Der ganze Verwaltungsapparat wurde nunmehr abermals einer Reform unterworfen. Die eingetretene Ruhe unter den Mitgliedern ermöglichte eine lebhaftere Agitation. Nicht nur in der Jahrestelle Dresden, sondern in ganz Ostschlesien wurde gearbeitet, um neue Ideen zu verbreiten.

Ein vollständiger Umschwung zum Bessern trat aber erst 1903 ein. Die Reichstagswahlen, die für Sachsen so bedeutungsvoll geworden sind, indem von 23 Wahlkreisen 22 der Sozialdemokratie zugeführt werden konnten, rüttelten alles auf. Die Krise ließ nach. Die Organisationsgebaren gewannen an Ausdehnung. Die Agitation in Stadt und Land wurde erfolgreicher, die Mitgliederzahl in Dresden verdoppelte sich bald. Vorwärts ging es jetzt überall!

Allerdings häuften sich mit dem Wachstum der Mitgliederzahl auch die Differenzen in den Betrieben, so daß mehrere Kämpfe geführt werden mußten und konnten. Auf alle diese Kämpfe einzugehen, würde zu weit führen. Besagt muß aber werden, daß immerhin Erfolge erzielt wurden, die sich sehen lassen konnten. Das richtige Vordrängeschreiten machte eine Aenderung in der Gesamtverwaltung notwendig. Die Verrechnung der Beiträge, die größere Mitgliederzahl erforderte die Festlegung eines Zentralbureaus. Im Januar 1905 wurde das Bureau errichtet, in welchem zunächst einige Kollegen in den Abendstunden die laufenden Arbeiten erledigten. Lange konnte dieser Zustand aber nicht beibehalten werden, denn die vermehrte Arbeit, die andauernden Differenzen konnten im Nebenamt nicht mehr erledigt werden, so daß nach langen Beratungen zu der Wahl eines be-

solchen Geschäftsführers geschritten werden mußte. Vorher war die Einweisung eines Sozialarbeiters von 5 Pf. für die männlichen Mitglieder beschlossen worden, so daß mit Feuerfeuer für die Ausbreitung der Bewegung werden konnte. Die Zahl des Geschäftsführers, die auf den Kollegen Ehemig fiel, bedeutet einen Wendepunkt für die Entwicklung der Organisation. Der Erfolg des Jahres 1905 waren 1061 Aufnahmen, der des Jahres 1906 gar 1126 Aufnahmen.

Nach einmal versuchte die Polizei der Zahlstelle Schwierigkeiten zu bereiten, indem sie eine Betriebsversammlung der chemischen Fabrik von Heyden auslöste, weil dort öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. In zwei Gerichtsverhandlungen wurden die Veranlasser freigesprochen, die Beschwerden des Einberufers dahin beantwortet, daß in Zukunft Fabrikbesprechungen ungesührt bleiben sollten.

Das Jahr 1907 war bedeutend für die Zigarettenindustrie. Im ganzen Dresdner Bezirke konnte die Arbeitszeit wesentlich verkürzt werden. Nur in einigen der rückständigsten Betriebe wird noch elf Stunden gearbeitet, während in den Dampfzigaretten die zehnstündige Arbeitszeit durchgeführt wurde.

Die stetige Entwicklung führte dazu, daß ein zweiter besoldeter Bevollmächtigter angestellt wurde, der hauptsächlich die Kassenangelegenheiten erledigen sollte. Durch Angliederung der Zahlstelle Kötzsch wurde das Arbeitsfeld noch erweitert.

Daß die Organisation nicht nur nach außen gewachsen, sondern auch innerlich gefestigt dastand, zeigt die Tatsache, daß während der nun eintretenden Wirtschaftskrise, die andern Organisationen, auch unserer Gesamtorganisation, mehr oder weniger Mitgliederverluste brachte, spurlos an der Entwicklung der Dresdner Zahlstelle vorüberging. Es war in den Jahren 1908 und 1909 noch möglich, die Mitgliederzahlen zu steigern. Wir bringen im nachstehenden eine Aufstellung über die Entwicklung der Zahlstelle, die mehr sagt als eine lange Abhandlung.

Jahr	Einnahmen	Abgänge	Mitgliederbestand	Einnahmen pro 100	Einnahmen der Hauptklasse	Einnahmen der Nebeklassen	Totallohnbestand	Zahl der verkauften Marken	Pro Kopf im Jahr
1897	?	?	?	568,05	204,55	—	—	?	?
1898	?	?	?	889,85	129,45	—	—	?	?
1899	?	?	?	880,99	296,55	47,06	—	?	?
1900	?	?	?	1.055,03	409,68	134,79	—	?	?
1901	109	?	141	870,32	281,72	48,53	6.639	47,50	—
1902	153	77	217	1.331,63	571,31	136,71	10.319	48,—	—
1903	365	96	486	1.233,9	2.438,60	692,68	233,05	14.015	40,—
1904	784	374	896	84,3	7.290,75	1.884,66	261,82	32.007	42,24
1905	1.111	667	1.340	47,5	15.630,80	5.371,63	1.291,44	54.174	44,59
1906	1.125	559	1.906	42,2	25.878,20	11.449,60	1.766,84	84.475	48,—
1907	1.122	875	2.376	24,5	37.693,35	17.479,11	5.223,04	102.424	47,92
1908	854	715	2.515	5,8	44.870,05	20.353,90	8.925,10	119.629	48,64
1909	928	690	2.753	9,4	51.691,45	22.952,88	15.012,64	132.787	50,40
1910	1.368	899	3.222	17,0	62.806,90	26.653,57	24.150,02	156.010	50,80
1911	2.211	1.414	4.019	24,7	88.005,90	33.197,25	30.691,54	186.703	51,02

Ein Bild glänzender Entwicklung, die zweifellos manchem Unternehmer Rechnung abgerufen hat.

Daß die Organisation in Dresden auch ihrer vornehmsten Verpflichtung, die Lebenslage der Kollegen nach Möglichkeit zu verbessern, in vollem Maße nachgekommen ist, beweisen die Zahlen, welche für die Kämpfe aufgewendet werden mußten, und die Erfolge. Im Jahre 1910 wurde in 21 Betrieben für 1226 Personen eine Lohnzulage von 1454,03 Mark in einer Woche und für 271 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 5700 Stunden in einem Jahre erreicht.

Das Jahr 1911, welches alle seine Vorgänger in den Schatten stellt, schließt mit folgenden Zahlen ab:

Industrie-Gruppe	Zahl der Beschäftigten	Vereinnahme	Mehrwertdienst		Arbeitszeitverkürzung		Kosten	
			pro Woche	pro Jahr	pro Woche	pro Jahr	Hauptklasse	Nebeklassen
Birgel	14	459	307,86	27.235,80	—	—	—	124,70
Zement u. Steine	12	633	779,50	38.975,—	340	17.680	1.474,76	1206,40
Chemische	5	695	680,20	30.411,—	5920	307.840	3.465,14	408,45
Papier	4	383	513,43	25.671,—	—	—	—	—
Nahrungsmittel u. Genussmittel	3	89	102,—	5.100,—	—	—	—	—
Gewerbebetriebe	4	233	201,—	10.050,—	—	—	2.463,08	490,10
Lehrerbildungsbewegung	6	1.281	1.202,55	6.201,26	—	—	—	—
Metallarbeiter-Auswertung	1	357	—	—	—	—	12.789,76	1087,50
Summa	49	4.080	4.386,54	197.568,80	6.260	325.620	20.192,74	2.267,15

Nach dieser Zusammenstellung waren fast alle Kollegen der Zahlstelle an Lohnbewegungen beteiligt, was um so erfreulicher ist, als dadurch auch die heute noch traurigen Lebensbedingungen wesentlich verbessert werden konnten.

Auch das Jahr 1912 läßt sich gut an. Bis zum Schluß des zweiten Quartals war ein Mitgliederzuwachs von 566 vorhanden, so daß wir gegenwärtig 4585 Mitglieder zählen, darunter 1110 weibliche. Die Zahl der verkauften Marken im zweiten Quartal beträgt 117.763 Stück.

Mancher der alten Kampfer — und es sind deren nicht wenige — die zum bevorstehenden Verbandstag nach Dresden kommen, die hier in unermüdlicher Arbeit mitgewirkt haben, die aber auch in Dresden den Grundstock zu ihrer Bildung legen, werden mit Genugtuung und Verliebtheit auf eine Entwicklung blicken, die sie früher vielleicht nicht einmal erträumt. Aber täuschen wir uns nicht! Vieles ist noch zu tun. In der Papierindustrie bedarf die Arbeitszeit einer wesentlichen Verkürzung. In der chemischen Industrie müssen die schweren Gefahren für die Gesundheit und das Leben unserer Kollegen abgewendet werden, was nicht immer leicht ist, denn die Unternehmer verstehen es auch hier ausgezeichnet, mit dem Wohlstandsschwindel zu gehen, und rückständige Arbeiter kommen ihnen durch den Beitritt zu geben Vereinen noch zur Hilfe. In der Zigarettenindustrie fronen Hunderte von Arbeiterklassen nicht nur unter erbärmlichen Löhnen, sondern auch unter den traurigsten Wohnungsverhältnissen. Möge auch der diesjährige Verbandstag keinen Aufgaben gerecht werden, möge er dafür sorgen, daß Beschäftigte gefragt werden die das Verbandschifflein noch weiter nach vorwärts bringen, die weiter dazu beitragen, daß wir in den Stand gesetzt werden, unsere Kollegen wirkliche menschliche Daseinsbedingungen zu erringen.

Paul Richter.

Ist das Streikpostenstehen erlaubt?

Obwohl das Reichsgericht deutlich genug ausgesprochen hat, daß das Streikpostenstehen erlaubt ist und nicht durch Verwaltungs- oder gerichtliche Verfügungen verboten werden kann, fallen unverschiedene Urteile noch täglich, in denen den Arbeitern dieses Recht einfach genommen, die Ausübung mit erheblichen Strafen belegt wird. Das Reichsgerichtsurteil wird einfach nicht beachtet oder es werden Umstände konstruiert, die eine Bestrafung doch erzwängen. Einige Urteile aus den letzten Wochen liefern zu diesem System der Gewerkschaftsdrückung und der daraus entspringenden Rechtsunsicherheit eine beachtenswerte Illustration.

Beim Tamburierstreik bei der Firma Lutz u. Hanold in Plauen i. B. im März d. J. ging die Polizei besonders scharf vor. Kein

1. darunter 221 Mitglieder der mit Dresden verknüpften Zahlstelle Kötzsch.

2. Außerdem wurden 1909: 2110, 1910: 1896, 1911: 1442 betragende Marken ausgegeben.

Streikender durfte sich in der Nähe der befreiten Firma aufhalten, wer es dennoch wagte, wurde verhaftet und bekam ein Strafmandat. Die sozialdemokratische Wandtagaktion schickte den Abg. Winkler nach Plauen, der sich am Ort und Stelle informieren sollte, wie die Polizei ihr Wesen treibt. Winkler, der sich nicht als Abgeordneter zu erkennen gab, wurde, obwohl er ganz allein auf der einen Straßenseite stand und auf der andern Seite nur 6 bis 8 Personen gingen, von einem Polizisten aufgefordert, sofort die Straße zu verlassen. Weil er dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er zur Wache gebracht und später mit einem Strafmandat über 5 Mk. bestraft. Er und 13 Streikende, denen es gleich ergangen war, hatten gerichtliche Entscheidung beantragt. Vom Schöffengericht in Plauen wurden nur zwei der Streikenden freigesprochen, bei 12 dagegen, darunter der Wandtagabgeordnete Winkler, wurde die Polizeistrafe verwirklicht, sie wurden zu je 20 Mk. verurteilt. In der Anklageerzählung der Anwaltschaft u. a.: „Streikpostenstehen ist reichsrechtlich erlaubt, keine Polizei kann es verbieten. Aber auch der § 173 der Straßenpolizeiverordnung, wonach Streikpostenstehen verboten ist, befehlt zu Recht. Und da die Angeklagten gegen diesen Paragraphen verstoßen haben, sind sie zu bestrafen.“ Die Urteilsbegründung war äußerst kurz: „Es liegt eine Anfechtung gegen eine Polizeiverordnung vor, und deshalb sind die Angeklagten zu bestrafen.“

Das Schöffengericht in Essen erreichte denselben Erfolg — nämlich die Verurteilung mehrerer Streikposten zu Geldstrafen — mit einer etwas andern Begründung. Beim Streik der Fensterputzer — im Mai d. J. — ging ein Beamter des Transportarbeiter-Verbandes auf einer menschenleeren Straße, in der sich allerdings ein Fensterreinigungs-Institut befand, dessen Arbeitswillige aber schon in der Stadt waren, auf und ab. Er wurde von der Polizei fortgewiesen und mit einem Strafmandat von 6 Mk. wegen „zwecklosen Auf- und Abwegens“ bestraft. Er sollte gegen die §§ 1 und 2 der Oberpräsidialverordnung vom 18. Februar 1911 verurteilt werden.

Das Essener Schöffengericht bestätigte das Strafmandat mit der Begründung: Der Hilfschuhmann sei der Auffassung gewesen, daß durch das Auf- und Abgehen des Verbandsangehörigen die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet werden konnte. Auch eine Gefahr für die Arbeitswilligen (die, wie gesagt, längst fort waren) erblickt der Beamte in dem Verhalten.

Nicht viel Verständnis für ihre staatsretterische Tätigkeit fanden die Behörden in Vengelsfeld i. B. Dort streikten im Juni d. J. die Arbeiter einer Baumpostenfabrik. Der Stadtrat erließ während des Streiks eine öffentliche Bekanntmachung, wonach Streikpostenstehen wegen Gefährdung der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs in zwei Straßen der Stadt verboten sein sollte. Einige Streikende, die trotz des Verbots Streikposten gestanden hatten, erhielten vom Stadtrat Strafverfügungen, wogegen sie gerichtliche Entscheidung beantragten, die das Schöffengericht in Vengelsfeld zu treffen hatte. Alle Jengen betonen, daß durch die Streikposten der Verkehr nicht gefährdet war. Selbst der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte Freisprechung. Wohl sei der Stadtrat berechtigt, so führte er aus, Anordnungen zu erlassen, um die Sicherheit des Verkehrs zu sichern, er hatte aber kein Recht, das Streikpostenstehen schlichtweg zu verbieten. Das Verbot des Stadtrats sei demnach ungesetzlich und könne eine Bestrafung der Angeklagten nicht rechtfertigen. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach sämtliche Angeklagten schuldig frei. Nur lästiges Streikpostenstehen könne durch eine Verordnung verboten werden. Der Stadtrat habe aber jedes Streikpostenstehen verboten und dazu hatte er kein Recht — so hieß es in der Urteilsbegründung.

Das sind drei Urteile, von denen jedes andre Grundsätze für die Beurteilung des Streikpostenstehens aufstellt. Und in diesem Rechtsstreit waren sich die Arbeiter dann zurechtfinden.

Arbeitermarsch.

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Formt aus vielen Vielen einen,
stehet den Mut der bangen Kleinen,
läßt das Schwerste leicht erscheinen,
zeigt die Ziele uns, die reinen,
näher, schärfer ohne Schatten,
als wir auf dem Korn sie hatten.

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Nahn im Takt wir einige hundert,
ist da keiner, der sich wundert;
Nahn im Takt wir einige tausend,
Wird sein Ohr schon mancher redten;
Nahn im Takt wir hunderttausend —
Ja, dies Dröhnen wird sie wecken.

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Wenn in solchem Takt wir schreiten
Fest von Norges Uferweiten
Bis zum höchsten Katarakte —
Kommen alle wir im Takte —
Schwinden Herren, schwinden Knechte,
helfen jedem wir zum Rechte!

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Aussperrungen bestehen in Berlin, Wilmig i. M. (Papierfabrik), Dresden (Biergärerei in Umfendorf), Götting (Waggonfabrik), Hamburg, Landsberg a. d. W. (Biegeleien), Rauschwitz-Friedrichs-feld, Reichen (Langenbrunn), Niederhainichenberg bei Königswalde i. Erzgeb. (Papierfabrik Pils), Chtau b. Halle a. S. (Zement-Fabrik), Frey bei Riel (Holzgerät), Sandbach im Odenwald (Gummifabrik), Strelitz i. M., Seltzer i. Markt (Sägemühl), Wunsiedel.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Lohnbewegungen im 1. Halbjahr 1912.

Hannover. Senjens Gummi- und Packungswerke, Walsfel. Die Arbeiterinnen der Abteilung Flecherei machten auf Veranlassung des Verbandes eine Eingabe um eine Lohnhöhung von 1,50 Mk. pro Woche. Bewilligt wurde 1 Mk. pro Woche. Beteiligt waren 10 Arbeiterinnen.

Hannoverische Aktien-Gummifabrik. Die Arbeiter des Walzwerks, der Formerei und der Spreidabteilung machten eine Eingabe um Lohnhöhung bzw. Erhöhung der Alfordzulage. Für die Walzwerkarbeiter wurde die Lohnhöhung beschlossen, so daß einige Arbeiter erst nach einer bestimmten Beschäftigungsdauer Lohnhöhungen erhalten. In der ersten Woche, in der die Lohnhöhung in Kraft trat, waren 23 Arbeiter mit einer Erhöhung von 26,60 Mk. beteiligt. Die Forderungen der Arbeiter der Spreidabteilung wurden mit dem Hinweis auf die schlechten Finanzverhältnisse der Firma abgelehnt. Den Arbeitern der Formerei wurden die Alfordzulagen für einzelne Artikel nicht unerschöpflich entgegensehrt. Es waren sechs Arbeiter beteiligt für die Lohnhöhung durchschnittlich pro Woche je 3 Mk. betrug. — Im Auf-

trage der gesamten Arbeiter machte der Verband noch eine Eingabe um Verkürzung der Arbeitszeit. Die Direktion versprach, diesem Verlangen im Nachsommer Rechnung zu tragen.

Wuppertal-Industrie. Eingaben um Lohnhöhungen usw. wurden gemacht an die Deutsche und Englische Asphaltgesellschaft, die Harpenerische Baugesellschaft und die Continental-Asphalt-Komp. Die Deutsche Asphalt-Gesellschaft bewilligte: 1. für 45 Arbeiter Lohnhöhungen im Betrage von 20—25 Pf. pro Tag, insgesamt 52,80 Mk. pro Woche; 2. Montagezulage des Sonntags 3 Mk., statt bisher 2,50 Mk.; 3. in der Fabrik für den Winter die gleichen Löhne wie im Sommer (bisher 2 Pf. Abzug pro Stunde); 4. Vergütung des Jahrgeldes, wenn die Arbeitsstelle eine halbe Stunde und weiter vom Betriebe entfernt ist; 5. für die Arbeiter auf dem Lagerplatz an den Sonnabenden um 5 Uhr Feierabend (bisher um 6 Uhr). Der Tag wird voll bezahlt; 6. weitestgehende Verbesserungen auf sanitärem Gebiete. — Die Englische Asphaltgesellschaft bewilligte: 1. für 46 Arbeiter Lohn-erhöhungen im Betrage von 20—25 Pf. pro Tag, insgesamt 66,90 Mk. pro Woche; 2. die Erhöhung des Anfangslohns von 36 auf 37 Pf.; 3. für Ueberstunden ein Zuschlag von 10 Pf.; 4. Vergütung des Jahrgeldes, wenn der Weg zur Arbeitsstelle eine halbe Stunde und weiter vom Betriebe entfernt ist; 5. Verbesserungen auf sanitärem Gebiete. — Die Hannoverische Baugesellschaft bewilligte: 1. für die Betriebsarbeiter durchschnittlich 15 Pf. und für die Handwerker 20 Pf. Lohn-erhöhung pro Tag. Daran sind insgesamt 41 Personen mit 40,20 Mk. pro Woche beteiligt; 2. für Ueberstunden ein Zuschlag von 5 Pf.; 3. Verbesserungen auf sanitärem Gebiete. Weitere Zugeständnisse wurden mit dem Hinweis auf die schlechten Geschäftsverhältnisse abgelehnt. — Die Continental-Asphalt-Komp., bei der die Eingabe von den Arbeitern selbst eingereicht wurde, bewilligte: 1. eine Lohn-erhöhung von 10 Pf. pro Tag und Arbeiter; 2. Ueberstunden ein Zuschlag von 5 Pf. Die Forderung auf Arbeitszeit von 5 Uhr an den Sonnabenden wurde abgelehnt. An der eigentlichen Lohn-erhöhung sind in den vier Betrieben 137 Personen beteiligt.

Jänede u. Schneemann. Nach Einreichung der Forderungen fanden Verhandlungen zwischen einer Kommission und der Firma statt. Es wurde bewilligt: 1. Erhöhung des Anfangslohnes von 30 Pf. auf 40 Pf.; 2. Steigerung nach einer bestimmten Beschäftigungsdauer bis auf 40 Pf.; 2. für die Lohnarbeiter Erhöhungen von 30—50 Pf. pro Tag; 3. für die Alfordarbeiter der Abteilung für wasserbunte Farben 11 Pf. pro Kilogramm statt bisher 8 Pf.; 4. Arbeiter im Programm, in der Pulverfabrik und in sonstigen verantwortlichen Stellen 20 Pf. extra pro Tag.

Ketter u. Jacobi. Die Arbeiter forderten eine Lohn-erhöhung von 50 Pf. pro Tag. Als nach mehrmaliger Verhandlung zwischen der Betriebsleitung, der Organisation und den Arbeitern nichts erzielt wurde, traten die Arbeiter am 14. Mai in den Streik. Nach eintägigem Streik bewilligte die Firma 20 Pf. Zulage pro Tag. Darauf wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Saline Egstorffshall u. Neuhall, Badenstedt. Die Arbeiter aus dem Siedebetrieb ließen der Direktion eine Eingabe übermitteln, durch welche diese um bessere Bezahlung der Arbeit im Siedebetrieb ersucht wurde. Die Firma bewilligte für alle Pfannen und Siedungen 5 Prozent Zuschlag, ferner sollen in Zukunft 4 Mk. Abschlag pro Tag statt bisher 3,50 Mk. gezahlt werden. Für neuerwerbende Arbeiter ist die erste Woche als Lehrzeit vorgesehen, während der sie 4 Mk. Lohn pro Tag erhalten, aber am Alfordübertrag nicht teilnehmen. Bei Pfannenreparaturen werden 40 Pf. pro Stunde bezahlt (bisher 35 Pf.). Werden die Alfordarbeiter im Lohn beschäftigt, dann erhalten sie 40 Pf. pro Stunde (bisher 35 Pf.). An der Lohn-erhöhung waren 110 Arbeiter beteiligt. Diese beträgt für den einzelnen im Durchschnitt 1,40 Mk. pro Woche, insgesamt 154 Mk.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Gantner Wagner, Zinten- und Tischfabrik, stellten Forderung auf Lohn-erhöhung. Die Firma bewilligte für 267 Arbeiterinnen und 82 Arbeiter eine Erhöhung der Zeitlöhne von 2 Pf. pro Stunde.

Für die Arbeiter der Gummiwarenfabrik Ab. Prekter reichte die Verbandsvertretung Forderung auf Lohn-erhöhung ein. Durch Verhandlung wurde für 25 Personen je 1,50 Mk. pro Woche erreicht. Der Firma E. de Sauer, Chemische Fabrik, reichte der Verband Lohnforderung ein. Auch hier wurde durch Verhandlung für 413 Arbeiter eine Lohn-erhöhung von durchschnittlich 25 Pf. pro Schicht und eine Extrazulage von 25 Pf. für alle am Flammofen, Ringofen, Regenerationsofen, Lasterofen, Rießofen, Sulfatofen und Schmelzofenarbeiten sowie für die an den großen Maschinen, an der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter und für die Hilfsarbeiter in der Bleicherei erzielt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden lehnte die Firma mit der Begründung ab, daß die Arbeitszeit jetzt schon effektiv 9 Stunden beträgt, da erst 10 Minuten nach 6 Uhr mit der Arbeit begonnen wird und mittags und abends 10 Minuten Wafzeit, deren Beginn durch Signal angezeigt wird, gewährt sind.

Der Firma Meyer Lohm, Gummiregenerierfabrik, reichte der Verband Forderung auf Lohn-erhöhung für die Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Nach Verhandlung bewilligte die Firma für 30 Arbeiter je 20 Pf. pro Stunde und für die übrigen Arbeiter ein schnelleres Aufrücken in die höheren Lohnklassen (bisher nach sechs Monaten 40 Pf., jetzt nach drei Monaten). Ein schnelleres Aufrücken in die höhere Lohn-klass wurde auch für die Arbeiterinnen festgelegt (bisher nach sechs Monaten 14 Mk. pro Woche, jetzt nach drei Monaten).

Der Firma Sauer Sohn, Rieselgär- und Alfordwerke, reichte der Verband für die Arbeiter und Arbeiterinnen Forderungen auf Lohn-erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ein. Nach Verhandlungen bewilligte die Firma eine Lohn-erhöhung für die Arbeiter von 1,50 Mk., für die Arbeiterinnen von 2,10 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit wurde um drei Stunden pro Woche verkürzt und der dadurch entstehende Lohn-anfall extra bewilligt. Beschäftigt sind 41 Arbeiter und 23 Arbeiterinnen.

Die Arbeiter der Firma Grakorf, G. m. b. H., Zement-warenfabrik, reichten Forderungen auf Lohn-erhöhung und Zuschlag auf Ueberstunden ein. Die Firma bewilligte eine Lohn-erhöhung, lehnte aber den Zuschlag für Ueberstunden ab und verlangte, daß die Arbeiter unter Zustimmung einer minimalen weiteren Lohn-erhöhung sich verpflichten sollten, innerhalb sechs Jahren keine neuen Forderungen zu stellen. Hiermit traten die Arbeiter in den Streik. Nach einigen Tagen machte die Firma den Vorschlag, einen Vertrag auf drei Jahre abzuschließen und bewilligte den Zuschlag für Ueberstunden. Das Angebot nahmen die Arbeiter an. Nach sechsstädtigem Streik nahmen sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder auf. Beteiligt waren an der Bewegung 25 Arbeiter.

Die Osenarbeiter der Chemischen Fabrik Egstorff reichten Forderungen auf Erhöhung des Schichtlohnes ein. Der Lohn betrug bisher 4,20 Mk. Gefordert wurde eine Erhöhung von 30 Pf. pro Schicht; bewilligt wurden 20 Pf. Beteiligt waren 32 Arbeiter.

Für die Arbeiter der Gummiwarenfabrik von G. H. Wellmann reichte der Verband die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Schichtlohnes ein. Nach Verhandlungen stimmte die Firma dem zu. Gleichzeitig wurden die Löhne in den einzelnen Positionen erhöht und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde (von 53 auf 52 1/2 Stunden pro Woche) ohne Lohn-erhöhung herabgesetzt. Für 55 Arbeiter beträgt die Lohn-erhöhung je 1,25 Mk. pro Woche. An der Arbeitszeitverkürzung sind 152 Personen beteiligt.

Bei der Mangalgesellschaft, Fabrik von Fränkischen, wurde der Tarifvertrag, welcher am 1. Mai abläuft, erneuert und die Löhne in jeder Stala um 20 Pf. pro Schicht erhöht.

Die Arbeiter der Häbererzeugung der Gummitgel-fabrik von S. Oppenheim & Co., A.-G., waren im Zeitlohn mit Prämienzuschlag beschäftigt. Der Zeitlohn betrug 30 Pf. pro Stunde, der Prämienzuschlag hing von der Billigkeit der Meister ab. Die Arbeiter wünschten reinen Alford. Der Verband reichte eine dementsprechende Forderung ein, welcher die Firma nach längeren Verhandlungen mit einer von den Arbeitern gewählten Kommission nachgab. Der so erhaltene Mehrverdienst beträgt pro Arbeiter 1,20 Mk. pro Woche. Die Arbeiter können aber jetzt ihren Lohn selbst berechnen. Beteiligt waren an der Lohnbewegung 74 Arbeiter.

Für die Arbeiter der Gummiwarenfabrik Harburg, Wien, Abt. Linden, reichte der Verband eine Eingabe auf Verkürzung der Arbeitszeit unter Ausbleib des Lohnes für Zeitlohnarbeit und Gewährung von Urlaub ein. Nach längeren Verhandlungen mit dem Arbeiterrat bewilligte die Firma eine Verkürzung der Arbeitszeit um

47, Stunden pro Woche und auch den Urlaub. Beteiligt sind daran 163 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eine gleiche Eingabe wurde den Hannoverischen Gewerkschaften „Excelsior“, früher Gummi-Lamin-Kompanie, eingereicht. Nach hier verhandelt, nachdem schon früher Besprechungen darüber zwischen der Betriebsleitung und der Verbandsvertretung stattgefunden hatten, der Arbeiterausfluß. Bewilligt wurden eine Verlängerung der Arbeitszeit von drei Stunden pro Woche und Urlaub. Beteiligt daran sind 2916 Personen.

Friedrichsfeld i. B. bei Mannheim. Der Streik in der deutschen Steingutwarenfabrik Friedrichsfeld ist beendet. Nach siebenwöchentlicher Dauer ist der Abbruch beschlossen und die Arbeit am 22. Juli wieder aufgenommen worden. Das Ergebnis ist nur mager. Verschiedene Umstände ließen den Abbruch des Kampfes angebracht erscheinen. Zwar waren gelernte Arbeiter nur in sehr geringer Zahl als Streikbrecher auf dem Werke beschäftigt, und diese waren trotz größter Anstrengungen der Direktion erst in der letzten Woche aus den Reihen der Streikenden gewonnen worden. Aber ungelernete, mit den Betriebsverhältnissen nicht vertraute Arbeiterkräfte hatte man in einer erheblichen Anzahl angeworben. Aus Hamburg waren 60 Hinzugeordnete bezogen und aus dem Odenwald 90 sowie aus Ludwigsburg 20 Arbeitswillige herangeholt. Kommt man auch mit diesen Arbeitskräften nicht sehr viel ausrichten, so verfuhr man doch die Arbeiter, die damit erlitten werden konnten, so gut es ging, fertigzustellen. Hauptächlich fallierte man aber wohl auf den moralischen Eindruck dieser verhältnismäßig großen Zahl von Streikbrechern auf die Streikenden. Die Streikbrecher lamptieren in der Fabrik. Am Sonntag, dem 13. Juli, verließen eine Anzahl von ihnen heimlich das Fabrikgrundstück und begaben sich in die umliegenden Wälder, wo sie Verstecke verlangten. Diese erhielten sie nicht, worauf sie unter Standal abzogen. Draußen sollen dann die Arbeitswilligen Schiffe abgegeben haben, worauf ein Handgemeines folgte, in dessen Verlauf ein Streikbrecher einen lebensgefährlichen Stich in den Leib erhielt, so daß er noch in der Nacht nach dem Krankenhaus in Heidelberg gebracht werden mußte.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ läßt sich diese Gelegenheit natürlich nicht entgehen, um zu verkünden, daß „ein fast wehrloser“ Mann in Friedrichsfeld in feiger und hinterlistiger Weise einfach niedergeschlagen und niedergebühnen worden sei, weil er anderer Ansicht war, als den Arbeitern von der Organisation beigebracht wurde. Ueber den Fall selbst berichtet das Blatt in der bei ihm bekannten tendenziösen Weise:

„Einige der Arbeitswilligen der bestreiten Steingutwarenfabrik in Friedrichsfeld verließen diese, um im Dorf ein Glas Bier zu trinken. Auf Veranlassung der streikenden Arbeiter wurde ihnen bei einem Händler und in zwei Wirtschaften die Hergabe von Bier verweigert. Die Leute ließen sich trotz der jeweiligen Verweigerung nichts zuschulden kommen und benahmen sich sehr anständig. Inzwischen hatten sich allmählich um einen Streikposten streikende Arbeiter versammelt, um nach 11 Uhr am Bahnhofs Wagon die streikenden Leute zu überfallen. Als diese sahen, daß sie sich einer bedeutenden Uebermacht gegenüberbefanden, suchten sie auf beschleunigten Wegen so schnell als möglich in die Fabrik zu gelangen. Nur einem Arbeitswilligen gelang dies nicht. Er fiel in die Hände der streikenden Arbeiter und langte blutüberströmt um 11 1/2 Uhr in der Fabrik an, um sofort zusammenzubrechen. Die Untersuchung ergab, daß der Mann mindestens zehn Messerschläge in den Leib und diverse Schläge auf den Kopf erhalten hatte. Der Mann hatte vorher, als die Horde der Streikenden über ihn herfiel, um sich zu schützen, von seinem Revolver Gebrauch gemacht und zwei Schüsse abgegeben, die in der Fabrik stationäre Gendarmen alarmierten. Der Verletzte wurde mit dem Krankentransportwagen nach Heidelberg in das Krankenhaus transportiert, wo er hoffnungslos daniederliegt.“

In der „Neuen Bad. Volkszeitung“ wurde bereits am 15. Juni, also kaum 14 Tage nach Beginn des Streiks in einem Artikel von „beteiligter Seite“ (Direktion der Firma) darauf hingewiesen, daß „die Freiheit der Arbeit durch gesetzliche Maßnahmen wirksamer, als es jetzt geschieht, in der Folge gesichert werden“ müsse. Da ist es verständlich, daß die subversiven Schmarotzer sich diesen Worten nicht entgehen lassen und ganz unbedeutend die Streikenden als die Uebelthäter bezeichnen, obwohl die Untersuchung noch jenseit. Daß wir die Tat, wenn sie von Streikenden begangen sein sollte, was noch keineswegs feststeht, nicht billigen, behält keine Worte. Daß aber die Hinzugehörten durch ihre prognostizierten Auftritte die weitaus meiste Schuld tragen, darf man ebenfalls als selbstverständlich ansehen.

Reizende Streikende sind am Anfang der Tat verhaftet worden. Bezeichnend ist die tendenziöse Berichterstattung der „Deutschen Arbeiterzeitung“ nach ihrer seit aller Schmarotzerei, daß ein „fast wehrloser“ Mann angeblich in feiger hinterlistiger Weise niedergebühnen und niedergebühnen sein soll, während einige Zeilen später angegeben werden muß, daß der fast wehrlose Mann mit einem Revolver ausgerüstet war und auch Schüsse aus demselben abgegeben hat. Welcher Sorte die importierten Hinzugehörten waren, erhellt daraus, daß zwei derselben einige Tage nach dieser Missetat in Ketten geschlossen nach Mannheim ins Untersuchungsgefängnis abgeführt wurden.

Angelänge. Der Streik in den Porzellanfabriken der Firma Joh. Gottl. Hanswaldt ist nach zehntägiger Dauer erfolgreich beendet worden. Dieser bedeutungsvolle Kampf ist es wert, nachträglich noch einer Würdigung unterzogen zu werden, damit nicht nur die Beteiligten, sondern auch die Arbeiter in anderen Betrieben dieser Industrie die notwendigen Lehren daraus ziehen.

Die weitberühmte Firma Hanswaldt gehörte bisher zu denen, die auf der einen Seite amüßig bemerkt hat, das Abgabebiet ihrer Erzeugnisse in den konkurrenzschwachen Organismen ständig zu erweitern, um der anderen Seite jedoch ihre Feindschaft gegen die Arbeiterorganisationen öffentlich zur Schau tragen. Früher ihres Könnens und Willens auf diesem Gebiet liegend, die Firma Hanswaldt des öftern. Ihr Standpunkt war, daß die Arbeiterkraft selbst ihre Forderungen zu vertreten habe und dabei stets auf das größte Entgegenkommen rechnen könne. Welche Erfahrungen dabei gesammelt wurden, ist der Deutlichkeit nicht unbekannt geblieben. Gerade wirklich einmal eine Lohnangelegenheit, so erließ man ein Teil der Arbeiterkraft dieselbe, während der andere Teil anging. Die Folge war, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen weit hinter das Niveau zurückblieben, in welchem die Arbeiter über eine gute Organisation verfügen. Kein Wunder, daß die Zahl der Arbeiter immer größer wurde, die das „Entgegenkommen“ der Firma richtig zu schätzen verstanden und sich der Organisation angeschlossen.

Vor einigen Wochen wurde nun eine Kommission vorstellig, die eine allgemeine Lohnangelegenheit forderte. Es wiederholte sich das alte Spiel. Die Kommission wurde am 1. Januar 1912 beauftragt und die Lage der Firma in den schwierigsten Jahren gemalt. Als das nicht zog, wurde die Kommission des Herrn Hanswaldt beauftragt, um die Arbeiterkraft zu bewegen, vollständig von den Forderungen Abstand zu nehmen. Da erst nach Verhandlungen kein anderes Ergebnis heraus, so beschloß die Arbeiterkraft gegen die Forderungen der Kommission. Obwohl der Kommission gesagt war, die Forderungen seien nur, was sie nicht lassen könne, hatte die Firma diesen Beschluß nicht erwartet. Die Annahme der unwilligen Arbeiter und ein paar Arbeitswilligen folgten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen (310) dem Beschluß. Das führte zur völligen Stilllegung des Betriebes. Mit allen Mitteln wurde versucht, die Mitglieder der Kommission zu erweichen. (Seite Nr. 29 des „Proletariats“). Aber nicht ein einziger Arbeiter hat sich. Ihre letzte Hoffnung hatte die Firma nun auf den Tag gelegt, an dem der Streik mit die Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen waren. Als die Streikenden sich zu diesem Zweck versammelten, wurde ihnen bekannt, sie müßten sich in der Speisekammer befinden, in welchem eine Anrede gehalten wurde. In der Rede wurden die schönsten Versprechungen gemacht und die Arbeitswilligen aufgefordert, am Montag die Arbeit anzufangen, jeder habe sich über die Angelegenheit zu setzen. Ein handwerkliches Klein war die Antwort darauf. Nichts und gelassen nahmen die Arbeiter, die ein Mitglied der Kommission waren, ihren Lohn und ihre Portiere in Empfang. Damit war die Firma wieder um eine neue Entschädigung reicher geworden. Was der Firma schimpfen war, verstanden einige arbeitende Angehörige durch ihr Wissen gegenüber den Streikenden zu erweisen, indem sie sich für die Streikenden als Grund vornehmen. Schließlich ist ihnen von ihren Angehörigen als ungesetzliche ihres Vorgehens klar gemacht, denn jeder Arbeiter hat das Recht, sich anzuschließen. Letztendlich war die Tätigkeit der Streikenden eine maßvolle, was nun zu berücksichtigen

ist, weil eine erhebliche Zahl jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen am Streik beteiligt war. Angesichts dieser Geslossenheit blieb der Firma nichts weiter übrig, als endlich einzulernen. In den wiederholten Verhandlungen, die zwischen dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes und dem Vertreter unserer Organisation stattfanden, wurde schließlich eine Einigung auf folgender Grundlage erreicht: Den männlichen Arbeitern, die über ein Jahr bei der Firma beschäftigt sind, wird eine Zulage von 2 M., denen, die unter einem Jahr beschäftigt sind 1.50 M., den jugendlichen Arbeitern 1.50 M. bzw. 1 M. und den Arbeiterinnen 1 M. pro Woche gewährt. Alldarüber und -arbeiterinnen erhalten 7 1/2 Prozent Lohnerhöhung, die vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit zahlbar ist. Sämtliche Streitenden werden sofort wieder eingestellt und treten mit ihren vollen Rechten wieder in ihr Arbeitsverhältnis ein. Die Firma erklärte sich bereit, einen Tarif mit einem zu wählenden Arbeiterausfluß abzuschließen. Am Montag, dem 22. Juli, erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Organisation hat sofort die Vorzüge der Arbeiter tariflich formuliert und der Firma überreicht. Am Donnerstag und Freitag fanden bereits zwischen der Firma, dem Arbeiterausfluß und unter Mitwirkung des Vertreters des Arbeitgeberverbandes sowie des Vertreters unserer Organisation Verhandlungen statt. Eine Betriebsversammlung nahm den Tarif, der außer den genannten Lohnerhöhungen weitere Steigerungen am 1. Juli 1913, am 1. Juli 1914 und am 1. Januar 1915 vorsieht, einstimmig an. Dadurch ist es gelungen, den Durchschnittslohn der Arbeiter, welcher 21 M. betrug, sofort auf 23 M. zu steigern; am 1. Januar 1915 wird er 25 M. betragen. Neben dem materiellen ist aber auch der moralische Erfolg auf unserer Seite. An den Kollegen und Kolleginnen liegt es nun, nicht nur die errungenen Vorteile zu genießen, sondern die Vorbedingung zu weiteren Erfolgen zu schaffen. Dazu bedarf es der Stärkung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation.

Speier. Der Streik in der Zementwarenfabrik Fr. Kirmeyer ist durch Verhandlungen beigelegt. Wenn auch nicht allen Wünschen der Arbeiter entsprochen wurde, so kann doch nach Lage der Situation das Ergebnis als befriedigend betrachtet werden. Die Lohnarbeiter erhalten einen Mindestlohn von 40 Pf. (vorher 36 bis 38 Pf.). Alldarüber erhalten einen Mindestlohn von 50 Pf. pro Stunde zugesichert. Dieser Lohnsatz kommt so lange zur Auszahlung, bis die einzelnen Alldarüber festgelegt sind. Vorher wurde als Höchstlohn im Alldar 27 M. pro Woche verbüßt, jetzt sind als Mindestlohn 30 M. pro Woche zugesichert. Betreffs der Arbeitsaufnahme wurde folgendes vereinbart: Montag, dem 22. Juli, nehmen 18 Mann die Arbeit auf, die übrige Arbeiterkraft wird nach Bedarf, wie es die Justandsetzung des vollen Betriebes notwendig macht, eingestellt. Der Bedarf an Arbeitern wird aus den vorher in Betriebe beschäftigten Arbeitern genommen, solange solche noch vorhanden sind. Maßregelungen werden nicht vorgenommen.

Die streikende Arbeiterkraft beschloß am 16. Juli nach erregter Debatte mit 33 gegen 11 Stimmen unter genannten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen.

Wenn die Kollegen ruhig, sachlich und vorurteilslos den Verlauf der Lohnbewegung prüfen, werden sie einsehen, daß der Erfolg des Kampfes nicht unwesentlich ist. Zunächst muß festgehalten werden, daß Herr Kirmeyer als Vorsitzender der Arbeitgebergruppe in Speier sich schließlich bereit fand, mit der Organisationsleitung zu unterhandeln, was eingangs der Lohnbewegung schon zurückgewiesen wurde. Ferner sollte früher nur eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde und nur für Lohnarbeiter gewährt werden; die Alldarüber sollten leer ausgehen. Die Kommissionsmitglieder sollten überhaupt nicht wieder eingestellt werden. Es wurden jetzt zwei davon sofort, die übrigen werden später mit eingestellt. Daß die Gesamtarbeiterkraft nicht sofort die Arbeit aufnehmen kann, liegt an der eigenartigen Arbeitsstellung in diesem Saisonbetrieb. Das Ergebnis dieser Lohnbewegung ist ein moralischer und ein materieller Erfolg. Die Arbeiterkraft in Speier, insbesondere der Umgegend, trägt Schuld daran, daß die Erfolge der Organisation nicht vollständig sind. Gibt es hier noch Betriebe, wo es der Organisation nicht möglich ist, Eingang zu finden, wo infolgedessen auch noch Löhne von 3 M. und 3.10 M. für verarbeitete Arbeiter bezahlt werden. Das ist die Ursache, weshalb die Arbeiterkraft der Zementwarenfabrik zum äußersten Mittel greifen mußte, um etwas höhere Löhne zu erhalten. Aufgabe der Arbeiterkraft von Speier und Umgegend ist es, mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation, um diese Hindernisse zu beseitigen.

Wetten. Die bei dem Dampfagewerkschafts-Kraupe in Witten beschäftigten Arbeiter ließen durch die Organisationsleitung Forderungen auf Lohnerhöhung und Abschluß eines Tarifvertrages einreichen. Der gegenwärtige Stundenlohn beträgt 35 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Wenn man in Betracht zieht, daß ganz in der Nähe Wettens liegende Dampfagewerke heute schon Stundenlöhne von 43, 45 und 48 Pf. bezahlen, ist die Forderung unserer Kollegen nur gerechtfertigt. In der Verhandlung gelang es nach langem Hin und Her Herrn Kraupe zu Zugeständnissen zu bewegen; er erklärte sich bereit, 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde zu gewähren (gefordert wurden 42 Pf.). Die darauf stattgefundene Betriebsversammlung kritisierte ein derartiges Entgegenkommen und lehnte das Angebot ab. Nach einigen Abänderungen der eingereichten Forderungen wurde die Lohnkommission beauftragt, nochmals mit dem Unternehmer zu verhandeln. Herr Kraupe lehnte jedoch alle weiteren Forderungen ab. Darauf beschloßen die Kollegen, in den Streik zu treten, und legten einmütig die Arbeit nieder. Die Haltung der Streikenden ist geradezu musterhaft. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

Bilanz der Abrechnung vom 1. Quartal 1912.

Einnahmen und Ausgabe der Hauptkasse.

Gesamt-Einnahme.

An Kassenbestand vom vorigen Quartal	2 150 023,27 M.
An Eintrittsgeld	12 949,-
An Beiträgen à 55 Pf.	173 332,90
An Beiträgen à 45 Pf.	755 229,50
An Beiträgen à 25 Pf.	74 398,20
An Beiträgen à 10 und 5 Pf. nach § 6 Absatz 7	1 579,-
Durch Streifenmarken gingen ein	160,75
An Beiträgen von Einzelmitgliedern	461,69
An Erwerbslosenunterstützung zurückbezahlt	3,80
An Umgangsgeld zurückbezahlt	35,-
An Aufgehänderten zurückbezahlt	130,81
Für die angesparten Tabakarbeiter	293,40
Für Schreibmaschine	296,45
Für Kalender	551,35
Für Kartothekarten	216,70
Für Hilfskassenkarten	113,40
Für Broschüren	130,05
Für Korrespondenzblätter	67,50
Für Kreisfeste	19,90
Für Agitationsmappen	11,-
Für Einzelnummern des „Proletariats“	216,98
Für Lektüre	75,50
Für Lichtbilder-Vorträge	370,95
Von den Zahlstellen zuviel eingekandt	371,13
Sonstige Einnahmen	541,36
Summa	3 176 585,09 M.

Gesamt-Ausgabe.

An Erwerbslosen-Unterstützung	494 058,30 M.
An Streit-Unterstützung	94 721,63
An Maßregelungs-Unterstützung	19 029,52
An Streubegeld	19 601,35
An Umgangsgeld	7 494,50
An Rechtsberatung	3 632,82
An Kostagenerstützung	915,50
An Prozenten der Wochenbeiträge	178 597,13
An Vertretungsbeiträgen	705,32
An Gehältern	12 261,67
An Entschädigung für Beisitzer und Reviseuren	222,95
An Telefongebühren	53,50
An Mantelgeld	25,-
Für Agitation	28 061,39

Für Druck des „Proletariats“, Nr. 1-13	24 684,75 M.
Für Versand des „Proletariats“, Nr. 1-13	8 246,43
Für Druckkosten	2 727,45
Für Gleichheit	2 082,90
Für „Oswiata“	446,52
Für „L'Operaio Italiano“	182,90
Für Adressen-Druckmaschine	1 176,60
Für Gummitypen	18,75
Für Karte	125,-
Für Lichtbilder	36,30
Für Marken und Stempel	3 776,90
Für Buchbinderarbeiten	4 231,02
Für Schreibmaterialien	365,45
Für Padmaterialien	460,55
Für Bureaumöbel	9,-
Für Zeitungen und Redaktion	456,59
Für Bureau-Miete und -reinigung	1 448,30
Für Unshilfe im Bureau	36,-
Für Ergänzung der Verbandsbibliothek	27,85
Für Kanfessuren	40,-
Zufuß an die Zahlstellen	1 733,18
In den Zahlstellen zurückbehalten	7 505,75
Zuviel eingekandt Geld zurückbezahlt	317,56
Nicht eingegangenes Geld	205,02
Porto und Postgebühren	2 118,72
Sonstige Ausgaben	125,19
Summa	922 460,26 M.

Bilanz.

Gesamteinnahme	3 176 585,09 M.
Gesamtausgabe	922 460,26

Reicht Kassenbestand 2 254 124,83 M.

Hannover, den 10. Juli 1912.

H. Bruns, 1. Vorsitzender. Hejnr. Dack, 2. Vorsitzender. Erik Bruns, Kassierer. Franz Koch, A. Müller, Revisoren.

Verbandsnachrichten.

Statistik - Graue Karten.

Für Monat Juli sind die grauen Karten bis zum 4. August einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 27. Juli.

Gau 10 (Stg München).

Sonntag, den 22. September, findet in Augsburg in der „Gesellschaftsbrauerei“ unsere diesjährige Gaukonferenz statt. Näheres erfahren die Ortsverwaltungen durch Rundschreiben. J. A. J. J. Steimer.

Vom 23. Juli an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Bergedorf 1846,45.	Florzheim 103,80.	Schmiebeberg (Bez. Halle) 22,62.	Dömitz 624,61.	Barby 538,70.	Piere 490,87.	Birjandt 270,42.	Harzburg 221,80.	Egeln 209,20.	Arbipa 188,38.	Greifswald 165,90.	Odenburg i. Gr. 151,03.	Halbe 68,77.	Sulgan 45,45.	Weißenhain 40,10.	Altugheim 39,14.	Wittenburg (S.-A.) 2236,21.	Leipzig 1500,-.	Wittenberg 200,-.	Stendal 226,42.	Lauf a. d. P. 200,-.	Zimmerau 167,92.	Burgbach 156,24.	Reiz 150,-.	Eichershausen 105,38.	Zell a. S. 53,81.	Lahr i. B. 46,45.	Burgen 2,25.	Waldhof -30.	Kolberg 10,25.	Borbis 303,34.	Weißenfels 200,-.	Fiddichow 188,78.	Fiddichow für die Tabakarbeiter 1,65.	Sonneberg (S.-M.) 140,-.	Hohenwestedt 51,17.	Münzberg 45,-.	Penzberg 6,89.	Frankfurt a. M. 3906,35.	Karlsruhe 951,02.	Wridau 524,20.	Freiburg i. Br. 156,12.	Worms 82,37.	Kolbitz 353,61.	Rittenwalde i. d. M. 32,80.	Rahl a. M. 21,93.	Wetten i. d. M. 452,52.	Wassersleben 1002,78.	Oberloka 452,66.	Lorch 29,53.	Annaberg 5,-.	Bodenwerder 425,-.	Stuttgart 850,12.	Schorndorf 300,-.	Eilenburg 5,-.	Hüttenrode 535,75.	Breez i. S. 282,44.	Penzig (O.-S.) 276,16.	Waltrow 252,49.	Nossen 250,-.	Wlauchau 150,-.	Schwefingen 30,04.	Borbis 22,94.	Frankenthal 4,50.
--------------------	-------------------	----------------------------------	----------------	---------------	---------------	------------------	------------------	---------------	----------------	--------------------	-------------------------	--------------	---------------	-------------------	------------------	-----------------------------	-----------------	-------------------	-----------------	----------------------	------------------	------------------	-------------	-----------------------	-------------------	-------------------	--------------	--------------	----------------	----------------	-------------------	-------------------	---------------------------------------	--------------------------	---------------------	----------------	----------------	--------------------------	-------------------	----------------	-------------------------	--------------	-----------------	-----------------------------	-------------------	-------------------------	-----------------------	------------------	--------------	---------------	--------------------	-------------------	-------------------	----------------	--------------------	---------------------	------------------------	-----------------	---------------	-----------------	--------------------	---------------	-------------------

Schluf: Montag, den 29. Juli, mittags 12 Uhr.

H. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das zweite Quartal 1912 haben eingekandt: Piere, Egeln, Schwanbach, Wittenberg, Dömitz, Dömitz, Greifswald, Sulgan, Barby, Dömitz, Borby, Freising, Penzberg, Sandbach, Burgbach, Jaitrow, Harzburg, Florzheim, Lahr, Eichershausen, Stendal, Zimmerau, Troitzberg, Halbe, Zell a. S., Goch, Odenburg, Annaberg i. Gr., Freiburg, Königswalde i. G., Freiburg i. Breisgau, Wolgast, Fiddichow, Karlsruhe, Rahl a. M., Gabeln, Hohenwestedt, Lorch, Wittenberg, Rittenwalde, Ostersheim, Semmoor, Oberloka, Breez, Schwefingen.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
433 256	Wilhelm Wisgalla	15. 9. 82	16. 4. 10	Brieg
379 668	Wilhelm Wäniewich	28. 3. 52	22. 10. 09	Zangermünde
457 209	Erich Wätner	23. 4. 91	8. 8. 10	Weißen
352 086	Otto Müller	29. 11. 79	1. 5. 09	Stettin
305 644	Paul Stawiski	21. 10. 85	16. 5. 08	Krapperteg
402 497	Wilhelm Jiemer	13. 1. 70	15. 5. 04	Stelin
314 078	Adolf Wegner	8. 3.	19. 7. 08	Vornhöved
Karten-Nr.				
142 445	August Koch	20. 11. 93	12. 8. 11	Greifswald
184 006	Sibor Geilinger	31. 3. 86	3. 7. 11	Freiburg i. B.
216 041	Anna Pfanner	24. 9. 87	13. 1. 12	München
186 289	Albert Lenz		5. 9. 11	Berlin
228 378	Arthur Krue	10. 8. 94	18. 12. 11	Hamburg

Zusammensetzung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen: Freiburg i. B. 5 Pf. pro Woche und Mitglied; Bürom 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Ausgeschlossen wurden die Mitglieder der Zahlstellen: Speier: Theodor Hauenstein, Buch-Nr. 170 296. Jena: Max Schmidt, Buch-Nr. 331 394.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Köln a. Rh. 1. Bevollmächtigter Paul Herzwig, Seberstraße 199, 2. Et. Freimwalde a. d. D. Ernst Mazanned, Marktstr. 5. Geegemühle. Gustav Sübner, Bahnhöfstr. 11. Florzheim. Revisor: Ludwig bei Karl Gang, Dillsteinerhölle Nr. 22. Flau i. Mecklenburg (Gau 4). F. Kurz, R. Burgstr. 87. S. Müller, Mauerstr. 179. Birges (Hansbach b. Birges). Peter Schreiner, Bahnhöfstraße 33.

Papier-Industrie

Die Papierindustrie im Königreich Sachsen.

Das Königreich Sachsen ist das Königreich der Papierfabrikanten. Kein anderer deutscher Staat hat eine Papierindustrie, die sich mit der im Königreich Sachsen messen könnte. Von den 89 489 Versicherungspflichtigen der gesamten deutschen Papierindustrie entfallen auf Sachsen ca. 20 897 Personen. Also nahezu ein Viertel. Wehlich verteilt sich auch die Produktion. Für die Anfänge der Papiermacherei gab es wohl kaum ein günstigeres Land als gerade Sachsen. Die Elbe mit ihren recht zahlreichen kleinen Nebenflüssen und -bächen sowie eine ganze Anzahl sonstiger Gebirgsflüsse boten dem ehemaligen „Papierer“ eine vorzügliche und billige Betriebskraft. Hinzukam noch, daß die sächsische Arbeiterbevölkerung mit ihrer weltbekannten „Kembligkeit“ und Betriebslosigkeit ein wahres Freiwild für Mehrwert und Profit heischende Kapitalisten bildete. Außerdem haben die Behörden meist nicht nur ein, sondern gleich beide Augen zugebracht, wenn es galt, den Profit der Papierherren erhöhen zu helfen. Alle diese Verhältnisse werden dazu beigetragen haben, die Papierindustrie in Sachsen zu ihrer jetzigen Bedeutung zu verhelfen.

Eine der ersten Papiermühlen Deutschlands wurde im Jahre 1398 von dem Meißner Markgrafen Wilhelm einem Chemnitzer Kloster und einem Bürger privilegiert. Das Privilegium erstreckte sich auf 6 Meilen im Umkreis von Chemnitz. Um das Jahr 1400 herum wurde die Dresdner Papiermühle privilegiert. Von den ältesten Papierfabriken Sachsens bestehen gegenwärtig noch: die Papierfabrik Penig (erbaut 1537), Papierfabrik Hätten bei Königstein (erbaut 1565), Papierfabriken in und bei Bautzen (erbaut 1611). Die Nebengewässer der Elbe, die Mulde, Schöpsau, Elbe, Chemnitz und Schwarzwasser bilden noch heute neben andern kleinen Gewässern die Hauptbetriebskraft der sächsischen Papierindustrie, soweit nicht Dampf die Oberhand gewonnen hat. Wer den Flußläufen in Sachsen nachgeht, kommt von einer Papierfabrik resp. Holzschleiferei oder Pappfabrik zur andern. Das Erzgebirge weist eine größere Anzahl von kleinen Zwergebetrieben neben den Mittelbetrieben auf. Direkte Großbetriebe gibt es nicht sehr viel. Mit Penig, Weißbörn, Kriebstein-Kriebethal und Bautzen sind die Großbetriebe fast erschöpft. Mittelbetriebe mit 100 bis 300 Arbeitern gibt es noch eine größere Anzahl. In Sachsen herrscht das Privatunternehmen in der Papierindustrie. Eine ganze Anzahl ehemaliger Kleinunternehmer haben es zu einem verhältnismäßigen Wohlstand gebracht. Sie konnten es dazu bringen, weil die Arbeiter für einen buchstäblichen Hungerlohn andauernd ihre Arbeitskraft Sonn- und Werktag, Nacht und Tag, ohne Murren zur Verfügung stellten, und weil die Behörden nie etwas sahen von all den Dingen, die sich in den Papierfabriken ereigneten. Die Sonntagarbeit ist erst in allerletzter Zeit unter der Kontrolle der Organisation um ein ganz geringes zurückgegangen. Daß sie noch immer sehr im Schwunge ist, beweist die Tatsache, daß von 167 039 in ganz Sachsen im Jahre 1910 bewilligten Arbeitsstunden an Sonn- und Feiertagen auf die Papierindustrie allein 81 984 Stunden entfallen. In demselben Jahre bewilligte die Behörde „nur“ 98 259 Stunden Ueberarbeit für Arbeiterinnen. In 130 Fällen wurden Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen ermittelt. Bestrafung erfolgte in nur einem Falle. In 119 Fällen wurden Zuwiderhandlungen gegen die verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen festgestellt. Bestrafungen erfolgten nicht. Wie die sächsischen Kreisshauptmannschaften die Sonntagarbeit in den Papierfabriken direkt fördern, dafür nur ein Beispiel: § 105 e der Gewerbeordnung bestimmt: „... für Betriebe, welche ausschließlich oder vorwiegend mit durch unregelmäßige Wassertkraft bewegten Erlebenswerken arbeiten, können durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde Ausnahmen von dem im § 105 b getroffenen Bestimmungen zugelassen werden.“ Am 1. April 1895 traten die Paragraphen der Gewerbeordnung, die die Sonntagsruhe brachten sowie die Paragraphen, die die Ausnahmen zuließen, in Kraft. Und sofort machten alle vier sächsischen Kreisshauptmannschaften in den amtlichen Publikationsorganen bekannt:

„Dagegen wird mit Rücksicht auf den seitherigen Rechtszustand allgemein und ohne daß es eines besonderen Antrags

bedarf, ... der Betrieb solcher Papier- und Pappfabriken, Holzschleifereien, Holz- und Strohhlofabriken, die ausschließlich mit einer unregelmäßigen Wassertkraft arbeiten, an Sonn- und Feiertagen, jedoch mit Ausnahme der ersten Feiertage der drei hohen Feste, des Karfreitags, der Pfingsttage und des Totensonntags, den ganzen Tag über nachgelassen. Diese Vergünstigung erstreckt sich nicht nur auf diejenigen Arbeiten, welche unter Benutzung des Wind- oder Wasserkraftwerks ausgeführt werden, sondern auch auf solche Arbeiten, die mit jenen Arbeiten derart im Zusammenhang stehen, daß sie nicht wohl am vorhergehenden oder nachfolgenden Werktag vorgenommen werden können.“

Man sieht, die Regierung hatte für die Wünsche der Papierfabrikanten sehr offene Ohren.



Seid gegrüßt!

Der Kämpfer denk ich, die in Händen tapfer
Die Schaufel halten, trohend Blut und Sturmguss,
Abbringend den gequälten, dürren Schollen
Ein elend Brotstück.

Euch grüß ich, ehern hemdenlose Brüste,
Ihr rauhen Leiber, muskulösen Arme,
Ihr unermüdeten, im brüllenden Schlachtlärm
Der Riesenwerkstatt.

Euch grüß ich, die der heilige Stolz der Arbeit
Durchflammt, euch, die der Tod beim Schaffen hinrafft,
Euch wackre Kämpfer des Gedankens und des
Geschwungnen Hammers.

Dor mir vorüberziehn, in strengen Bildern,
Der bleichen Mädchen unglückselige Scharen,
Vorüberziehn in der Fabriken Schraubstock
Gepresste Frauen.

Und müde Kinder und vergrämte Stirnen,
Zerriff'ne Glieder und entstellte Mienen,
Und eine wegemüde ungeheure
Erdfahle Volkschaft.

Dich sing ich, o zerstreute, arbeitfame,
O große, menschliche Familie! Vorwärts!
Kämpfe und siege! Schliesse dich zusammen
Zur Glückeseinheit!



Die Löhne der Papierarbeiter in Sachsen müssen als sehr niedrig bezeichnet werden. Nach dem Bericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft ergibt sich folgende Aufstellung:

	1910		1911		- weniger + mehr als 1910
	Zahl der Betriebe	Durch- schnittl. Lohn	Zahl der Betriebe	Durch- schnittl. Lohn	
Papierfabriken	91	11 682	965	11 653	+ 95
Pappfabriken	157	2 730	776	2 589	+ 88
Holzschleifereien	287	3 912	804	3 630	+ 89
Strohstoff- Fabriken	5	470	994	570	- 5
Zellulose- Fabriken	9	1 418	1 178	1 399	+ 44
Nebenbetriebe	72	927	905	1 197	+ 101
Zusammen	621	21 139	922	21 038	+ 51

Abgesehen von der Pappfabrikation und den Nebenbetrieben muß diese Lohnsteigerung in Anbetracht der Teuerung und überhaupt als sehr niedrig bezeichnet werden. Vorgenommene Lohnstatistiken ergaben für einzelne Betriebe, ja für ganze Bezirke, noch weit niedrigere Löhne. Bei der Firma Kähler u. Nießhammer z. B., die bei Waldheim ein kleines „Königreich“ für sich bildet, verdienen nur ca. 15,12 Prozent der Beteiligten über 30 Pf. pro Stunde. Diese Sammelöhne werden auch durch die fast überall

eingeführten Prämien nur unwesentlich gebessert. Bei Kähler u. Nießhammer erhielten etwa 20 Prozent der an der Statistik beteiligten Arbeiter Prämien, Zentnergeld usw., und zwar im Durchschnitt 4,11 Pf. pro Stunde. Dafür verdienten diese sogenannten Prämienmänner aber nur einen Durchschnittslohn von sage und schreibe 22,22 Pf. pro Stunde. Bei diesen Löhnen berührt es schon mehr als eigentümlich, wenn die Arbeiter durch die Arbeitsordnung verpflichtet werden, etwaige Gehaltsgelder an die Krankenkasse abzuliefern und mindestens 3 Pf. von einer Mark Lohn in die vorhandene Sparkasse einzulegen.

Bei den „Bereinigten Bauener Papierfabrik“ verdienen nur 3,41 Prozent der Beteiligten über 28 Pf. pro Stunde. Der Verdienst der Arbeiterinnen schwankt zwischen 13—18 Pf. pro Stunde. Außerdem werden noch geringe Prämien oder Zentnergeld bezahlt, die von den Arbeitern aber nicht berechnet werden können und daher immer in der Luft hängen.

Die Firma Brandt u. ... in Plattenthal bei Weifenbad i. Erzgeb. mußte vor kurzem die Löhne auf Drängen unserer Mitglieder um 3 Pf. pro Stunde erhöhen. Die Arbeiterinnen verdienen im Nord 10—13 Mk. pro Woche.

Die vorstehend angeführten Löhne werden meist — mit Ausnahme der Löhne für Arbeiterinnen, Hofarbeiter usw. — bei 50 stündiger täglicher Arbeitszeit verbient.

Daß die Papierarbeiter in manchen Bezirken Sachsens den Weg zur Organisation entweder noch gar nicht oder erst spät gefunden haben, ist aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen deutlich zu erkennen. Vergleichen wir die vorstehend angeführten Löhne mit denen aus solchen Bezirken, wo die Arbeiterschaft schon längere Zeit organisiert ist, so tritt der Einfluß der Organisation scharf hervor. In Dresden und Umgegend sowie in Leipzig wird bei täglicher zehnstündiger Arbeitszeit 25 bis 50 Prozent mehr Lohn verdient als in den ländlichen Gegenden Sachsens bei 45- und zwölfstündiger täglicher Arbeitszeit. Zwar sind auch in diesen Orten die Löhne noch durchweg verbesserungsbedürftig, aber sie entsprechen den gegenwärtigen Verhältnissen denn doch in anderer Weise als die im Königreich Kriebstein und in einigen andern Bezirken üblichen.

Unsre kurze Betrachtung zeigt, daß wir in der Papierindustrie noch ein großes Arbeitsfeld vor uns haben. Seit einigen Jahren ist es uns gelungen, in der Papierindustrie des Königreichs Sachsen einen festen Grund für die Organisation zu legen. In den verschiedensten Bezirken und Betrieben haben wir, oft unter den schwierigsten Verhältnissen, Eingang gefunden. An manchen Orten können wir schon auf erfreuliche Erfolge zurückblicken. Im Bezirk der Bahnhöfe Mügeln, einem Hauptgebiet der Papierindustrie, ist es uns gelungen, mit den führenden Betrieben Tarifverträge abzuschließen. Der Erfolg wird lehren, daß die Unternehmer dabei nicht schlechter fahren als ihre Kollegen, die in der Arbeiterschaft nur rechtlose Arbeitsflaven sehen. So geht es vorwärts allerorts: langsam zwar, aber doch deutlich erkennbar. Für den Verband aber entsteht die Frage: Was müssen wir tun, um die Aufklärungsarbeit in dieser so wichtigen Industrie noch mehr zu fördern, das Errungene sicher zu halten und neue Erfolge zu erringen? Und da möchte ich vertieft auf den von der Dresdener Bahnhöfe an den Verbandstag gestellten Antrag auf Anstellung eines Agitationsleiters für die Papierindustrie. Die Papierindustrie ist im Rahmen unsres Verbandes genau so wichtig wie die Ziegeleien oder die chemische Industrie. Es ist deshalb zu hoffen, daß der Verbandstag diesen Antrag einstimmig zum Beschluß erhebt. G. u. F. K. e. u. r. i. n. g.

Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes und Gegner des Koalitionsrechts.

Die Firma Bräuner u. S., Papierfabrik in Falbe, beging am 1. Mai d. J. das Jubiläum ihres 75jährigen Bestehens. Auch für die Arbeiter fand eine kleine Festlichkeit statt, die vier Tage früher abgehalten wurde; sie hätte sonst event. als Arbeiter angefallen werden können. Wie bei solchen Gelegenheiten üblich, listete die Firma ein Kapital, dessen Nutzen zum Besten des selbstbedürftigen Arbeiter und Beamten der Fabrik Verwendung finden sollten. Außerdem sollten die Arbeiter Ferien erhalten und zwar nach einer Beschäftigungsdauer von 5 bis 15 Jahren 3 Tage, nach 15 bis 20 Jahren 5 Tage und über 20 Jahre 6 Tage jährlich.

Zur Erlangung dieser Vergünstigung genügt aber nicht die Hilfsbedürftigkeit bzw. die lange Dauer der Beschäftigung, sondern vor allen Dingen ist ein geschmeibiges Maßgrad erforderlich. Es sind eben Wohl-

Die Papierindustrie im Dresdner Elbtale.

Im Elbtal, oberhalb Dresdens, liegt die Bahnhöfe Mügeln. Sie umfaßt das ganze Elbtal von Dresden bis zur böhmischen Grenze und zählt zurzeit 3400 Mitglieder, wovon circa 2500 in Papier- und Zellulosefabriken beschäftigt sind. Der Rest verteilt sich auf eine Holzplattenfabrik, in der 350 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, 15 Ziegeleien und verschiedene andre Kleinbetriebe.

Die Papierindustrie im Elbtale war bis zum Ende der neunziger Jahre verhältnismäßig unbedeutend; der Hauptaufschwung fällt sogar erst in das letzte Jahrzehnt. Der gewaltige Betrieb der Firma Krause u. Baumann, die in Dresden die Pappfabrikation mit rund 180 Arbeitern und Arbeiterinnen betreibt, wurde im Jahre 1903 in Heidenau neu errichtet. 400 Arbeiter und Arbeiterinnen werden in dem modern eingerichteten Betriebe beschäftigt. In der gleichen Zeit errichtete die Firma Hoeß u. Co. zu ihren schon bestehenden zwei Zellulosefabriken eine dritte in Pirna. Die übrigen Betriebe sind seit dieser Zeit fast durchgehend bedeutend vergrößert und in technischer Hinsicht teils ganz erneuert, teils wesentlich umgestaltet worden.

In den früheren Jahren haben die Unternehmer die Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit der Papierarbeiter weiblich zu ihrem Vorteil ausgenutzt. Noch im Jahre 1906 betrug der übliche Stundenlohn 25 bis 32 Pf. Seitdem hat sich manches geändert. Die Papierarbeiter sind aufgewacht, haben sich zusammengeschlossen und in harten Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen gerungen. Heute stehen 1100 Papier- und Zellulosearbeiter im tariflich geregelten Arbeitsverhältnis, bei einem Stundenlohn von 35 bis 45 Pf.

Die Papierindustrie des oberen Elbtals ist durch ihre kapitalistische Großindustrie. Nichts erinnert an ihre ärmlichen Vorläufer. Das in der Bodenschicht der Papierfabrikanten so oft gelobte „patronalische Verhältnis“ wird revolutioniert durch die aufstrebende Arbeiterschaft, der bei manchem Papiermacher „von altem Schrot und Korn“ so zähe Hang an der altbewährten Arbeitsweise wird zerhört durch den unerbittlichen Konkurrenzkampf. Die technisch beste Maschine, die rationellste Arbeitsweise, die planmäßigste Organisation des Betriebes trägt den Sieg davon. Soweit heute noch Papierfabriken mit veraltetem maschineller Einrichtung bestehen, sind sie dem sicheren Verfall geweiht. Auch die

Arbeitsfähigkeit in der Papierindustrie ist eine andre geworden; sie hat aufgehört, als ein besonderes Handwerk, das nur in langjähriger Lehre begriffen werden kann, zu gelten. Selbst der tüchtigste Papiermacher aus der Zeit der Kunst würde in einer modernen Papierfabrik ratlos dastehen, wenn er statt seines einfachen Werkzeuges die Maschinen sah. Des Führers, die primitive Holzblüte, das Stampf- und Nagelgeschirr, ist längst durch die Hülländer abgelöst. Im Mittelpunkt des heutigen Betriebs in den Papierfabriken aber steht ein Wunder der Technik, die gewaltige Papiermaschine. Nach der Konstruktion und Größe dieser Maschine richtet sich die Arbeitsleistung in den einzelnen Papierfabriken; sie ist gering, wenn die Maschine ein veraltetes System mit langsamem Gang und schmaler Bahn ist, sie ist groß bei den neuesten Systemen mit schnellem Gang und breiter Bahn. Eine Papiermaschine neuesten Systems verarbeitet in kurzer Zeit eine Unmenge Stoff, liefert in wenigen Minuten enorme Mengen von Papier, das dann fortlaufend durch Feinmaschinen, Kalander und Schneidemaschinen zu fertigen Papier weiter bearbeitet und in Formate gebracht wird. Eine Maschine ist abhängig von der andern, eine wird von der andern angetrieben. Um die Stoffmasse in dem erforderlichen Quantum erzeugen zu können, sind größere Hülländer erzeugt worden, mit schnellerem Gangart. In demselben Verhältnis sind auch die Feucht-, Kalander- und Schneidemaschinen der Produktionsleistung der Papiermaschine angepaßt. Was bei den Kalandern mit schnellerem Gangart nicht zu erreichen war, ist durch das Größenverhältnis erreicht worden. Die üblichen vierwalgigen Kalander werden abgeköpft, an ihre Stelle kommen die Kolosse mit 8, 12, 14, sogar 16 Walzen.

Der Vervollständigungsprozess der Papiermaschine ist noch nicht abgeschlossen. Eine Erfindung verdrängt die andre. Die Walzenapparate, Zreumesser und selbsttätigen Wälzapparate, mit denen das Druckpapier gleich auf der Papiermaschine fertigiert wird, sind neuere Erfindungen. Nebenher gehen fortgesetzt Veränderungen und Umgestaltungen der Produktionsglieder. Durch Verneuerung oder Vergrößerung der Hülländer wird ein schnelleres Erzeugen des Papiers auf der Maschine erreicht, und damit auch das riesenhafte schnelle Erzeugen der Papiermaschine ermöglicht. In der Sebnitzer Papierfabrik, eine der größten Deutschlands, lieferten die vorhandenen Maschinen bis Ende der neunziger Jahre in der Minute 55 bis 60 Meter Papier, nach wiederholtem Umbau ergeben sie jetzt 90 bis 100 Meter in der Minute. Seit dem Monat April dieses

Jahres ist in demselben Betrieb eine neu angeschaffte Papiermaschine in Betrieb genommen, die in einer Minute bis zu 160 Meter Papier in 3,20 Meter Arbeitsbreite erzeugt. Diese Maschine erzeugt also in einer Minute 480 Quadratmeter Papier. Wehliche Maschinen stehen in der Papierfabrik des Kommerzienrats Hoeß in Hätten, bei Krause u. Baumann in Heidenau, in der Haffertöder Papierfabrik in Heidenau und in der Köttwiger Papierfabrik. Alle diese Maschinen sind Erzeugnisse aus den letzten zehn Jahren.

Nicht allein die Maschinen, auch die äußeren Baulichkeiten einer Papierfabrik haben die beschriebene Form einer Papiermühle abgelegt. Entsprachen der gewaltigen Maschinenkolossen sind auch die Gebäude in ihrem Umfang erweitert. Auffallend haben sich diese Gebäude vom Arbeiter ab. In einer langen Reihe ziehen sich an dem Stromauser durch ganz Heidenau die Betriebe der Firmen Krause u. Baumann, Haffertöder und Hoeß u. Co. hin, so daß der Uebersicht glaubt, daß alles sei eine einzige große Fabrik.

Auch die Rohprodukte der Papierfabrikation sind verändert. Die ursprünglichen Faserstoffe, vorwiegend Leinen (Lumpenstoff), haben nur noch bei außergewöhnlich feinen Papierarten eine Bedeutung. Der Reulbeerbaum und das Bambusrohr hat ganz aufgehört, Papierstoff zu sein. Die Holzzellulose bildet auch bei den feineren Papieren den Hauptbestandteil. Bei dem gewöhnlichen Druckpapier ist Holzschliff (sehr geschliffenes Holz) das Wesentlichste. Es wäre selbstverständlich auch ganz ausgeschlossen, den heutigen Rohstoffbedarf der Papierfabriken mit Faserstoffen zu decken. Der Bedarf an Papier ist heute schon so groß, daß die heutigen Wälder zur Deckung des Holzbedarfs nicht mehr ausreichen; aus Schweden und Rußland beziehen die Papierfabriken schon jetzt enorme Mengen Holz zur Zellulosefabrikation. Aber immer weiter steigt der Verbrauch, immer neue Verwendungsgebiete werden dem Papier erschlossen; immer bereitwilliger wird der Satz: Der Verbrauch an Papier ist ein Maßmesser für die Kultur eines Volkes. Immer dringender wird aber auch die Aufgabe, das Heer der in der Papierfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu sammeln und mit vereinter Kraft die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Arbeiterschaft zu bessern. Manches ist schon geschehen, aber viel bleibt noch zu tun übrig. Möge der Verbandstag in Dresden weiteren Fortschritten die Wege ebnen.

taten, die sich der Herr Kommerzienrat Richard Brüdner selbst erweist, um sich einen gefälligen Arbeiterstamm zu sichern. Die Arbeiter haben denn auch diese „Gnadenbeweise“ ihres Chefs richtig eingeschätzt, und da geradezu Jammerlöhne gezahlt werden, traten sie im Juni mit einer beschließenden Lohnforderung an die Firma heran. Die Stundenlöhne schwankten zwischen 19 bis 25 Pf.; außerdem wurde eine sogenannte Prämie gezahlt, die je nach dem Posten des einzelnen Arbeiters 20 bis 120 M. im Vierteljahr betrug und am Schlusse des Quartals ausbezahlt wurde. Die letztere Summe erhielten nur einige Maschinenführer.

Gefordert wurden in der Hauptsache eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3 Pf., ein Ausschlag für Ueberstunden und eine zehnprozentige Erhöhung der Abforderte für die Papier- und Lumpenfortierinnen. Das Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen Herrn Brüdner und der Lohnkommission stattfanden, war sehr mager. Die Hälfte der durchschnittlichen Prämie wurde in Lohn umgewandelt, der wöchentlich zur Auszahlung kommt; außerdem erhielt eine Anzahl Arbeiter 1 Pf. und die in Teillohn beschäftigten Arbeiterinnen 1 bis 2 Pf. Zulage pro Stunde. Des weiteren sollen Ueberstunden an Werktagen mit 5 Pf. und an den Sonntagen mit 10 Pf. Ausschlag bezahlt werden. Trotz dieser geringen Zugeständnisse erklärten sich die Arbeiter damit einverstanden.

Die Lohnzulage von 1 Pf. scheint Herrn Brüdner nervös gemacht zu haben. In den letzten Wochen bemüht er sich, obwohl er Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für die Papierindustrie ist, also von seinem Koalitionsrecht weitgehend Gebrauch macht, krampfhaft, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu schmälern. Zuerst und Peitsche sind die Mittel, die er dabei anwendet. Bereits am 12. Januar d. J. jagte Herr Brüdner zu einem Arbeiteremalshaus: „Sie können bei mir niemals Maschinenführer werden, wenn Sie nicht aus dem Verband gehen!“ Kürzlich wurde derselbe Arbeiter erneut traktiert, aus dem Verbande auszutreten, und da ihn diese Behandlung kränkte, reichte er seine Kündigung ein. Während der vierzehntägigen Kündigungsfrist bemüht sich der Direktor Hoffmann, der Meister und der Chef abwechselnd, den Kollegen zu veranlassen, seinen Austritt aus dem Verband zu vollziehen und die Kündigung zurückzunehmen. Der Arbeiter besaß Ehrgefühl genug, diese unverschämte Zumutung abzulehnen. Bei dieser Gelegenheit sagte Herr Brüdner: „Ich bin bereit, Ihnen bei Ihrem ferneren Fortkommen das Zeugnis eines fleißigen, ordentlichen Arbeiters anzusetzen, aber ich kann nicht verschweigen, daß Sie eine soziale Gejüngung haben.“ (?)

Danach beabsichtigt Herr Brüdner also, den Arbeiter auch zukünftig mit seinem Bannstrahl zu verfolgen. Sowieb kleinliche Nachsicht hätten wir dem Manne, der eine Rolle im öffentlichen Leben spielt, nicht zugestanden. Aber es kommt noch besser. Seit der Lohnbewegung werden die Mitglieder der Lohnkommission drangaliert und schikaniert. Einige davon haben bereits den Betrieb verlassen, um dieser empörenden Behandlung zu entgehen. Eine Witwe, die fünf Kinder zu ernähren hat, wurde vor die Wahl gestellt, aus dem Verband auszuscheiden, oder entlassen zu werden. Die arme Frau dachte an ihre Kinder und sagte sich: Den Vogel hat Herr Brüdner aber mit folgender Belohnung abgehängt, die in der Fabrik ausgehängt wurde:

Meine Leistungen vom 1. Mai sind von einem Teil der Arbeitererschaft der Papierfabrik mit großem Unmut gelohnt worden. Darüber hinaus wird neuerdings mit Nachdruck darauf hingearbeitet, Unfrieden im Betriebe zu stiften und namentlich die zu verheizen und zu verulken, die sich für zu gut halten, den sozialdemokratischen revolutionären (?) Arbeiterorganisationen sich anzuschließen oder bei ihnen zu bleiben. Meine Gebühre folgen dem Treiben gegenüber ist jetzt endlich zu Ende. Ich werde niemand mehr in den Reihen der Arbeitererschaft dulden, der den Frieden und das gute Einvernehmen stört, das so lange zwischen mir und der Arbeitererschaft bestanden hat. In Verbindung hiermit erlasse ich ferner, daß von den Vorteilen meiner Wohlhabensleistungen alle diejenigen sich als ausgeschlossen zu betrachten haben, die nach dem 1. Oktober 1912 noch sozialdemokratischen Organisationen angehören. Abgesehen von diesen Fällen der Not von ihrer Partei unterlassen lassen. Schließlich gebe ich noch bekannt, daß demnach unter den Angehörigen von Mühle und Papierfabrik ein Vaterländischer Arbeiterverein gegründet werden wird, um die künftige Arbeitererschaft von der vaterlandslosen und vaterlandsfeindlichen Partei zu trennen.

Richard Brüdner.

Wenn Herr Brüdner für seine Leistungen vom 1. Mai den Dank der Arbeitererschaft fordert, so beweist er damit nur, daß eben diese „Leistungen“ wohlbedachte Spekulationen im eigenen Interesse waren. Wohlfrüher, die aus Dank regnet, ist eben keine Wohlfrüherkeit mehr. Man besticht der ganze „Unmut“ der Arbeiter in den oben skizzierten beschriebenen Fortbewegungen; Herr Brüdner hat also wirklich gar keinen Anlaß, über Unmut zu jammern. Die Befragung, daß neuerdings mit Nachdruck darauf hingearbeitet wird, „Unfrieden im Betriebe zu stiften“, zeigt von einer Naivität, die wir einem so weltkundigen Mann wirklich nicht zugeben können. Wir möchten wirklich einmal wissen, ob Herr Brüdner, wenn er Arbeiter wäre, bei einem Verdienst von ca. 20 M. pro Woche zufrieden wäre. Wahrscheinlich würde er, soweit glauben wir ihn zu kennen, an der Spitze der Unzufriedenen marschieren. Er ist ja nicht einmal mit seiner Stellung und seinem Einkommen zufrieden, geht vielmehr zu den führenden Kräften der Unternehmerorganisationen. Die Lebensart von den „sozialdemokratischen, revolutionären“ Organisationen ist so abgebrochen, daß wir nur die Leute bedauern, die ihre Wohnungen und Regalmöbel damit begründen und schützen wollen. Wenn Herr Brüdner allerdings schon in der beschriebenen Forderung der Arbeitererschaft seines Betriebes den Anfang einer sozialdemokratischen Revolution sieht, ist seine Angst erklärlich. Unerschrocken ist es aber, wie der Vorsitzende eines Arbeitgeberverbandes, der von seinem Koalitionsrecht in der Regel weitestgehender Gebrauch macht, seine wirtschaftliche Lage darlegt, um Arbeiter zu verulken, die seine wirtschaftliche Lage darlegen. Und noch unerklärlicher ist es, daß der Vorsitzende eines Arbeitgeberverbandes, der Tag um Tag über den Terrorismus der Arbeiter spricht und die Regierung erst kürzlich wieder für Ausnahmemaßnahmen plädierte, die Arbeitererschaft seines Betriebes in der schärfsten Weise terrorisiert! Wir möchten Herrn Brüdner einmal sehen und hören, wenn etwa die Arbeiter forderten, er solle den wegen ihrer Kündigungsfrist, fünfzehntägigen Beschäftigung und dem Schamacheramt unzulässig belassenen Organisationen der Papierfabrikanten den Rücken kehren. Wir glauben, der Papierkonzern Demjansk würde in wenigen Wochen zu Landgebirgen gegen diesen Fall aufgebracht.

Wenn Herr Brüdner dann die künftigen Arbeiter in einem Vaterländischen Arbeiterverein jammern will, so quillieren wir das nur als einen neuen Beweis für die alte Erklärung, daß die Unternehmer in der Nacht ihrer Konjunktur gegen die Arbeiter sich weber durch guten Gesinnung und durch soziale Ehrlichkeit noch durch moralische Erwägungen beschließen lassen. Das sie natürlich nicht handeln, in der Lage des immer Tagelöhner über die Stunden der bösen Arbeiter zu jammern. Wir machen keine gegenseitigen gar keinen Beschluß, Herrn Brüdner von seinen Vorhaben abzurufen. Er mag Vaterländische Arbeitervereine gründen und die Geißel des Terrorismus schwingen, um sie lebensfähig zu erhalten — die Arbeiterbewegung wird er damit nicht auslösen. An der haben wir schon so viele Gegner die Zähne angesetzt, daß man sich nicht dem Mühe bewußt sein, mit dem Herr Brüdner sich als neuer St. Georg behauptet.

Der Arbeiter aber rufen wir, ihr Koalitionsrecht mit Zögeln zu verweigern und der Lohnkommission ebenfalls keine Unterstützung zu leisten. Dann werden wir auch künftige Gegner achten können.

Wichtig, Papierarbeiter!

Die Firma Papierfabrik G. I. Bilz in Niederhambrecht i. Erg., bei der unter Mitwirkung freier, beschließt, die Maschinen einer im Entstehen begriffenen Papierfabrik im Rheinland zu kaufen. Die Firma Bilz hat aber dem Zwischenhändler die Bedingung gestellt, daß dieser gleichzeitig die eingezeichneten Arbeiter der eingegangenen Papierfabrik der Firma Bilz bewahren solle. Wir ersuchen unsere Kollegen des Rheinlands, uns mitzuteilen, um welche Fabrik es sich handelt. Außerdem möchten wir ganz nachdrücklich jeden

Arbeiter warnen, sich von der Firma Bilz ins sächsische Erzgebirge locken zu lassen. Die Löhne spotten jeder Beschreibung, und die Firmeneinhaber selbst vertreten den kräftigsten Herrenstandpunkt gegenüber den Arbeitern. Der Stundenlohn schwankt zwischen 20 bis 27 Pf. Vorzug wird gewahrt.

Chemische Industrie

Die chemische Industrie Preußens im Jahre 1911.

Statistisches.

Von den rund 150 000 in revisionspflichtigen Betrieben der chemischen Industrie beschäftigten Arbeitern entfallen rund 100 000 auf Preußen. Nach den Berichten der preussischen Gewerbeämter hat die Zahl der Betriebe und Arbeiter auch im Jahre 1911 eine Steigerung erfahren. Es waren vorhanden:

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Arbeiterinnen	Jugendliche	Kinder	Arbeiter überhaupt
1910	1560	78418	11488	4108	41	94055
1911	1566	81843	12105	4356	30	98343

mithin mehr oder weniger + 6 + 3425 + 617 + 248 - 3 + 4288

Es ergibt sich eine Zunahme der Betriebe um 0,4 Prozent, eine Zunahme aller Arbeiter um 4,5 Prozent. Darunter nahmen zu: die erwachsenen Arbeiter um 4,4 Prozent, die Arbeiterinnen um 5,4 Prozent, die jugendlichen Personen um 6 Prozent, während die Zahl der beschäftigten Kinder um 5 Prozent abnahm.

Die Fabriken.

Längs eines Kanals, der, mit Schwefel geschwängert,
Wie ein Nebelstreif sich in die Ferne verlängert,
Starr gegeneinander mit stumpfen Blicken,
Die aus zerbrochenen Fenstern gähnen,
Stöhnen und dröhnen
Durch der Vorstadt schwerfällige Masse,
Durch das zerlumpte Elend der Gasse,
Fürchtbar die Werke und schwarzen Fabriken.

Granitene Würfel, Rechtecke aus Stein,
Wandern die Mauern rastlos nach vorne,
Schwarz und verräuchert ins Ferne hinein.
Hoch auf den Dächern,
Mit den Spizen, die den Nebel durchlöchern,
Qualmen die Schornsteine,
Spein die Kamine,
Und unter ihnen inn den Baracke
Stehn Menschen, halb nackt, mit offener Brust,

Die feurige Blitze hacken und packen.
Kohle und Erdharz, die brandig schwelen,
Schwefelige Dünste, vergiftet, verrußt,
Menschliche Körper und menschliche Seelen
Gepreßt in die höllische Nacht der Kavernen. —
Und draußen laufen eintönig Laternen
Und schleppen die Opfer in diese Kasernen.

Dort am Kanal und der Ferne entgegen,
Die Unendlichkeit des Elends entlang,
Rauchen und fauchen
Rings um die Stadt bei Nacht und Tag
Mit unaufhörlichem dumpfem Schlag
Die schwarzen Fabriken.

Der Morgen verwischt
Sein Rot in ihr zuffenden Ecken,
Der Mittag mit zaghaftem Sonnenblinken
Verlischt,
Erblindet in ihren Nebeldecken.
Doch läßt des Wochentags Abendfinken
Dämmerung über ihr Dunkel rinnen,
Dann hält diese rasende Anstrengung
Jäh wie ein fallender Hammer im Schwung
Ursprünglich inne,
Und der Schatten, der über die Stadt sich ründet
Scheint wie goldener Nebel, der lacht sich entzündet.

Die Zahl der Revisionen gestaltete sich folgendermaßen:

Jahr	Revisionen	Revidierte Betriebe	Arbeiterzahl in revidierten Betrieben
1910	2514	1199	89138
1911	2574	1206	93796

Von der Revision wurden erfasst im Jahre 1910 76 Prozent der Betriebe und 94,7 Prozent der Arbeiter, 1911 hingegen 74 Prozent der Betriebe und 95,4 Prozent der Arbeiter. Die Revisionen führten zur Ermittlung zahlreicher Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzgesetze. Gegen den Schutz jugendlicher Arbeiter wurden in 21 Betrieben Verstöße festgestellt, die 34 Fälle mit 45 Personen betrafen. Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterinnenschutzgesetze wurden in 30 Betrieben ermittelt. Bestrafungen und gegen den Schutz der Arbeiterinnen in je 5 Fällen. Ueberarbeit für Arbeiterinnen wurde im Jahre 1911 in 28 Betrieben bewilligt. 2032 Arbeiterinnen leisteten 31 490 Ueberstunden. 1910 wurde Ueberarbeit in 27 Betrieben bewilligt, wobei von 2156 Arbeiterinnen 31 424 Ueberstunden geleistet wurden.

Die Bewilligung von Sonntagsarbeit für erwachsene Arbeiter erfuhr 1911 eine erhebliche Steigerung. Folgende Zahlen geben darüber Auskunft:

Jahr	Betriebe mit bewilligter Sonntagsarbeit	Darin beschäftigte Arbeiter überhaupt	Mit Sonntagsarbeit beschäftigte Arbeiter	Zahl der Sonntage mit Sonntagsarbeit	Zahl der Ueberstunden
1910	18	7710	671	26	5684
1911	31	10870	1470	79	26014

Man sollte eigentlich annehmen, daß die chemische Industrie, die sich schon in der Gewerbeordnung für eine Anzahl Betriebe eine regelmäßige Sonntagsarbeit gesichert hat, in der Lage sei, ohne Bewilligung von Sonntagsarbeit auszukommen. Von 18 im Jahre 1910 auf Bewilligung von Sonntagsarbeit gestellten Anträgen wurden 4 zurückgewiesen, während 1911 5 von 31 auf Bewilligung von Ueberarbeit an Sonntagen gestellten Anträgen eine Zurückweisung erfuhren.

Unfälle.

Ueber die Unfälle in der chemischen Industrie, die als Verbrennungen, Verätzungen, Explosionen von Druckgefäßen und Sprengstoffen sowie Vergiftungen besonderes Interesse verdienen, entnehmen wir den Berichten der Gewerbeinspektoren folgendes:

Ein Arbeiter am Sulfatofen kam durch Verbrennung zu Schaden. Das Rührwerk der Sulfatofenele blieb plötzlich stehen. Damit kein Verbrennen des Sulfats eintreten sollte, zog der Arbeiter die Hohlkappe aus dem Ofen; dabei strömte die glühende Kohlenmasse auf einmal in den Feuerungsraum. Eine herausschlagende Stichflamme fügte ihm schwere Verbrennungen zu. In einer Säubholzfabrik zog sich ein an der Luntmaschine beschäftigter Arbeiter schwere Brandwunden dadurch zu, daß sich Zündmasse, die sich infolge seiner Unsauberkeit und Unachtsamkeit in größeren Mengen auf seiner Kleidung und insbesondere auf seiner Weste angesammelt hatte, beim Tragen von heißen Gefäßen entzündete.

Explosionen von Behältern.

Einige Unfälle, zum Teil tödliche, ereigneten sich durch die Explosion von Gefäßen, bei denen mit Luft- oder Dampfspannung gearbeitet wird. Der Beamte des Landespolizeibezirks Berlin berichtet von der Explosion eines gußeisernen Dampfzuges in einer chemischen Fabrik, „das für zwei Atmosphären Höchstdruck gebaut und benutzt wurde und mit einem stufeisernen Dampfmanometer für vier Atmosphären Druck versehen war. Das Dampfzuges biente zur Sulfurierung von Parannitrochlorbenzol zu Parannitrochlorbenzolsulfosäure. Während des Prozesses herrschten im Dampfzuges verschiedene Temperaturen, die sich bis auf etwa 140 Grad steigerten; nach Abschluß des Prozesses erfolgte Abkühlung des Inhalts durch Einleiten von kaltem Wasser in den Heizmantel. Als am Unfalltag der bedienende Arbeiter den Kühlwasserhahn anstellte, gewahrte er am Manometer, daß der Zeiger plötzlich bis zum Begrenzungsstifte stieg, und ergriff deshalb einen Warnungsruf ausstoßend, schleunigst die Flucht. Durch die Explosion wurde der Deckel des Fasses durch den Fußboden des dritten Stockes hindurch bis zum Dache emporgeschleudert, während das Faß die Fußböden des zweiten und ersten Stockwerks durchschlug und ins Erdgeschloß hinunterfiel. Dabei wurde ein Arbeiter, der im ersten Stockwerk vorüberging, mit in die Tiefe gerissen und erlitt außer Brandwunden einen Unterschenkelbruch, der die Amputation des rechten Beines nötig machte. Außerdem wurden noch drei andre Arbeiter durch den unherzpriehenden Inhalt des Fasses verbrüht. Zur Vermeidung ähnlicher Ereignisse ist das seit langer Zeit geübte Verfahren geändert worden; auch wird jetzt ohne Druck bei stets geöffnetem zweifelhälligen Entlüftungshahn gearbeitet.“

Eine ähnliche Explosion wird aus dem Aufsichtsbezirk Düsseldorf berichtet: „In einer chemischen Fabrik fanden durch die Explosion eines Dampfzuges, in dem Naphthalindisulfosäure und Natronlauge bei einem Druck von 18 Atmosphären zusammengebrochen wurden, zwei Arbeiter den Tod, und ein dritter wurde leicht verletzt. Der obere Boden des Dampfzuges war in der Nietnaht rundum abgerissen. Ein sicheres Urteil über die Ursache der Explosion kann nicht abgegeben werden; die Vermutung, daß durch eine außerordentliche chemische Reaktion eine plötzliche Druckerhöhung hervorgerufen sein könne, hat keine Bestätigung gefunden.“

Im Aufsichtsbezirk Aachen ereignete sich in einer Wasserstoff- und Sauerstofffabrik ein Unfall mit tödlichem Ausgang durch die Explosion einer Sauerstoffflasche, während sie gefüllt wurde. Die Ursache der Explosion konnte nicht aufgeklärt werden, da der Unfall sich in der Nachtschicht ereignete, und der Berunglückte allein in dem Arbeitsraume beschäftigt war. Die Bruchstücke der in mehrere Teile zersplitterten Flasche zeigten ein einwandfreies Aussehen; auch konnte festgestellt werden, daß die Flasche im übrigen vorzüglichartig ausgearbeitet war. Zur Verhütung oder Vermeidung derartiger Unglücksfälle ist veranlaßt worden, daß sich jetzt beim Füllen der Flaschen zwischen Arbeiter und Flaschen ein ausreichen starker und hoher Schutz aus kräftigen Eisenplatten befindet, und daß alle Ventile der Gasleitungen vor der Schußwand angeordnet sind.“

Beim Löten von Gefäßen entstehen beim Vorhandensein explosibler Gasgemische Explosionen, die den ahnungslos Arbeitenden zu Schaden bringen können. So meldete der Aufsichtsbeamte des Kölner Bezirkes, daß ein Arbeiter beim Löten eines Schwefelsäurebrudgefäßes durch eine Explosion verletzt wurde. Die Explosion wird zurückgeführt auf die Bildung von Wasserstoffgas, das durch längere Einwirkung von Schwefelsäure auf Blei infolge langer Nichtbenutzung entstand. Durch die Bötlampe wurde das Gas zur Explosion gebracht.

Aus dem Aufsichtsbezirk Arnberg wird ein ähnlich gelagerter Fall berichtet:

Zwei Arbeiter kamen zu Tode bei der Explosion eines Kessels in einer Ammoniakfabrik. Der Kessel war anfänglich als Dampfessel benutzt worden und diente später zum Lagern von Schwefelsäure von 60° B_e. Infolge Undichtigkeit an der Stirnwand wurde er außer Betrieb gesetzt und sollte durch Aethylsauerstoffschwefelung ausgebessert werden. Nach Ablassen des zur Feststellung der Undichtigkeit aufgefüllten Wassers erfolgte 1 1/2 Stunden später bei der Schweißarbeit eine Explosion, wodurch die Kesselstirnwand losgerissen und fortgeschleudert wurde. Die beiden Arbeiter wurden getroffen und erhielten tödliche Verletzungen. Die Ursache der Explosion liegt in der Entzündung des entstandenen explosiblen Gemisches aus Wasserstoff und Luft an den beim Schweißen erglühten Kesselwandungen. Der Wasserstoff hatte sich wohl durch Einwirkung der beim Auffüllen des Kessels verdünnten Sauerstoffe gebildet. Derartige Gefäße bilden also bei ihrer Reparatur eine neue Gefahr für Handwerker, die mit Ausführung der Arbeiten betraut werden. Jedenfalls müssen sich aber Mittel finden, durch die solche Unfälle vermieden werden können. So hätte zum Beispiel die Füllung von reparaturbedürftigen Gefäßen, in denen Säuren aufbewahrt wurden, die

durch Einwirkung auf das Metall brennbare Gase entwickeln können, am besten mit Wasser zu geschlehen, dem Alkalien zugesetzt werden, damit die Säure zerstört wird.

Polizei und Unternehmertum im Kampfe gegen die Gewerkschaften.

Am Mittwoch, dem 17. Juli, wurden die Arbeiter der chemischen Fabrik in Gosttvede-Niemke zu einer Betriebsbesprechung eingeladen, in welcher über das Thema: Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände referiert werden sollte.

Bekanntmachung.

Die Arbeiter unseres Werkes werden für heute Abend zu einer Versammlung,

in der über Fabrikangelegenheiten verhandelt werden soll, eingeladen. Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich hier um einen sozialdemokratischen Verband handelt und möchten unsere Arbeiter warnen, diese Versammlung zu besuchen, damit durch die Besprechungen dieses Verbandes das bis jetzt bestehende gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei uns nicht gestört wird.

W o s u m, den 17. Juli 1912. (Unterschrift fehlt.)

Aber mit dem Anschlag allein gab sich die Direktion des Werkes noch nicht zufrieden. Herr Dr. Schulz erkundigte sich telephonisch beim Wirt, wo die Versammlung sein sollte, wie das wäre, bei ihm solle eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Der Wirt erwiderte darauf, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Wenn die Firma weiter eine so große Angst hat, daß durch eine Betriebsversammlung das gute Verhältnis zwischen ihr und den Arbeitern gefährdet werden kann, dann muß dies Verhältnis schon nicht allzu gut sein. Und das ist es auch nicht! Herr Dr. Schulz sollte nur einmal die Worte der Arbeiter über den Verdienst und die Arbeit in diesem Betriebe hören, wenn er außer Seh- und Hörweite ist.

Gratifikationen.

Hohe Dividenden sind eine ganz angenehme Einnahme. Sie wirken aber zugleich aufreizend auf diejenigen, die unter Einsetzung von Leben und Gesundheit und unter großen Entbehrungen solche schaffen — auf die Arbeiter. Um nun letzteren und auch der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, bemühen sich die Direktoren der gut rentierenden Werke, wie ihnen am besten die Erabschzung des Prozentsatzes der Dividende ohne Inanspruchnahme weiterer Kapitalien der Aktionäre gelingt.

Das Handelsgesetz verbietet die Ausgabe von Aktien unter dem Nennwert. Aber Gesetze sind dafür da, daß sie umgangen werden können. Die Zahlung des Nennbetrags erfolgt einfach aus der Gesellschaftskasse. Da besteht einmal eine, daß die Aktien nicht bezahlt worden sind. Unter den Gesellschaften, die auf diese Art vorzugehen, befindet sich auch die Westfälische-Anhaltische Sprengstoff-Aktiengesellschaft.

sache, daß bei den Nachrevisionen öfters festgestellt wurde, daß in manchen Betrieben die früher gerügten Mängel nur zum Teil oder auch gar nicht beseitigt waren, obgleich die Unternehmer eine Erledigungsanzeige eingefandt hatten.

Die größten Mißstände wurden regelmäßig in Ziegeleien angetroffen, wo ein Akkordmeister das Regiment führte, während in größeren Betrieben, denen nur Aufsichtspersonen vorstanden, sich häufig das Bestreben bemerkbar machte, den bestehenden Vorschriften Rechnung zu tragen.



Die Knechte.

Was seufzet ihr, Knechte, Was seufzet ihr an euren ehernen Ketten? — Glaubt ihr denn, ihr verdient Mitleid, Mitleidende Tränen? Nein, ihr Sklaven, Verbrannt von der heißen Sonnenglut, Rau und roh Wie die herdehütenden Zyklopen, Ihr verdient kein Mitleid. — Sagt euch der Falter nicht: Ich bin frei?! Jubelt die Lerche nicht: Freiheit, wie schön?! — Nein, ihr willigen Sklaven, Ihr verdient hohn, Herben, beißenden hohn. — — —

Schauet eure Arme an, Mit Muskeln wie aus Stahl; Schauet eure Körper an, Ihr starken Schwächlinge! Fragt euch dann: Sind wir des Mitleids wert? —

Was scharet ihr euch nicht zusammen; Was stellt ihr euch denn nicht an eurer Brüder Seite, Zu kämpfen für euer Recht? Was gehorcht ihr gleich guterzogenen Kindern Dem scheltenden Herrn? Ist eure Knechtschaft nicht die Strafe Für eure Feigheit? — — — Seufzet nicht nach Mitleid, Knechte, Klaget nicht! Nur ein schwächliches Herz kann euch bedauern. —



Wie gefährlich die Leichtfertigkeit der Ziegeleiuunternehmer dem Arbeiterleben werden kann, zeigt folgender Fall, der sich in der Pfalz ereignete. In einem zehn Meter tiefen Tonstschacht wurde ein Arbeiter durch einen herabstürzenden Kugel erbschlagen, der sich aus einem offenen Saken vom Seil losgelöst hatte.

Welche Unflacht über die bestehenden Vorschriften aber auch oftmals unter den Beamten herrscht, dafür folgender Fall. In den meisten Bezirken ist von den Gewerbeinspektoren angeordnet, daß die Aufenthaltsräume der Brenner auf den Ringböden wegen der Erstickungs- und Vergiftungsgefahr mindestens einen Meter vom oberen Rande des Ringofens entfernt liegen sollen.

Auch in den Kalksandsteinfabriken fehlt es nicht an Mißständen. So werden vor allem die Gefahren der unter einem Druck von 8 bis 10 Atmosphären stehenden Härtefessel wieder von den Arbeitern noch von den Betriebsleitern genügend gewürdigt. In einem Betriebe wurde ein Härtefessel unter vollem Druck angetroffen, dessen Verschlussdeckel nur mit 22 anstatt den vorhandenen 40 Klappschrauben befestigt war.

In den Ziegeleien wurden mehrfach jugendliche Arbeiter bei der Bedienung von Rebolberpressen angetroffen. Da die Verwendung der jugendlichen Arbeitskräfte an diesen gefährlichen Maschinen andauernd schwere Unfälle im Gefolge haben, soll bei der Neuaufstellung der Unfallverhütungsvorschriften ein entsprechendes Verbot erlassen werden.

Bemerkenswerte Unfälle, die dem Arbeiter auch zur Belehrung und Warnung dienen können, ereigneten sich folgende: In einer Ziegelei erhielt der Maschinist von dem Betriebsleiter den Auftrag, eine lockere Schraube am Kollergang zu befestigen. Der Maschinist gab diesen Auftrag an einen Hilfsheizer weiter, der sich denn auch an die Arbeit machte.

Ein Ziegeleiarbeiter, der als sehr dienstfertig im Betriebe bekannt war, hatte Steine in die Gerüste zu fahren. Als er mit seinem Wagen am Walzwerk der Presse vorbeikam, bemerkte er einen Stein zwischen den Walzen. Unaufgefordert sprang er hinzu, um den Stein mit der Hand herauszunehmen.

In einer großen Maschinenziegelei geriet ein Arbeiter durch Ausgleiten auf dem schlüpfrigen Walzenboden infolge der ungenügenden Schutzvorrichtung mit einem Weinzeisler die Walzen, so daß es abgenommen werden mußte. Durch dieses Unfalls wurde bei einer späteren Revision die alte Schutzvorrichtung noch vorgefunden.

— Wogu die fremden Arbeiter benutzt werden. Die Beschäftigung fremder Arbeiter wird von den Ziegeleibesitzern immer mit dem Mangel an einheimischen Arbeitskräften zu entschuldigen versucht. Dieser Mangel mag in gewissem Maße auch zutreffen; jedoch darf dabei nicht vergessen werden, daß er nur auf die rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurückzuführen ist.

Auf Grund Ihres Antrages vom 8. d. M. habe ich eine Versammlung der hiesigen Ziegeleibesitzer einberufen und hat hier eine Besprechung dieser Angelegenheit unfruchtbar stattgefunden. Ich bin nun beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß wir nicht in der Lage sind, mit Ihnen irgendwie Lohnsätze zu vereinbaren. Die Ziegelindustrie ist ein Saisonbetrieb und beschäftigt deshalb auch nur Saisonarbeiter, mit Ausnahme, wenn hier wenig Beschäftigung für hiesige Leute vorhanden ist.

Ich habe allerdings auch Arbeiter in meinem Betrieb (Invaliden), die nur 2,- bis 2,50 Mk. verdienen. Solche würden brotlos werden, wenn wir einen Minimallohn einführen würden. Man würde in diesem Falle entweder solche Leute und auch noch verchiedene andre nicht mehr anstellen oder würde nur mit ausschließlichen Saisonarbeitern arbeiten.

Zement- und Ziegel-Industrie Die Ziegelindustrie im Jahre 1911. II. Bei den Revisionen der Ziegeleien und Kalksandsteinfabriken durch die technischen Aufsichtsbeamten der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft ergab sich wiederum eine Menge Uebelstände. In 10663 revidierten Betrieben wurden 5216 Verfehlungen und Verstöße gegen die bestehenden Vorschriften vorgefunden, so daß auf jeden Betrieb annähernd fünf Fälle kommen.

amilläre und andre Verhältnisse an die heimliche Scholle gefesselt sind und leiten daraus für sich das Recht ab, mit den einheimischen Arbeitern Schindluder zu treiben. Sind diese sich nicht mit dem ab, was ihnen die „Herren“ zu billigen belieben, so holt man einfach fremde Arbeiter und der einheimische kann dann sein Bündel schnüren und ebenfalls hinaus in die Fremde wandern. Die herbeigekommenen fremden Arbeiter werden also von den Ziegeleibesitzern als Schutztruppe ihres Geldsacks betrachtet, sie haben sich dem Vormärtsdrängen ihrer einheimischen Arbeitsbrüder entgegenzusetzen und das Maß des Fortschritts anzuhalten. Sie sind in ihrer Unwissenheit dazu ansetzenden, ihre um Brot und Recht ringenden Brüder zu betrüben, durch unermühten Fleiß den Gewinn der Faulheit zu mehren, die Macht ihrer „Herren“ zu stärken, mit der sie dann ebenfalls niedergehalten und geschädigt werden. Die Ziegeleibesitzern spielen die einheimischen Arbeiter gegen die fremden auf und umgekehrt, um aus der so geschaffenen Uneinigkeit reichen Gewinn zu schöpfen. Diesem Treiben kann aber Einhalt geboten werden, wenn sich einheimische wie fremde Arbeiter bewußt werden, daß sie alle Leidensgefährten sind, die an einem Strange ziehen und sich der Organisation anschließen müssen. Dann wird aus dem uneinigen, wirren, aber gemeinsam ausgeübten Arbeiterhaufen eine geschlossene, vorwärtsstrebende, gemeinsam kämpfende Arbeitergarde werden, die mit dem Geiste der Zeit rüstig vorwärts schreitet.

Gegnerische Gewerkschaften.

Zur Steuer der Wahrheit.

In den letzten Wochen hat der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsverein der Fabrik- und Handarbeiter ein Flugblatt herausgegeben, mit dem er den Beweis erbringen will, daß er „in puncto Unterstützungsweisen an der Spitze aller Organisationen ungelernter Arbeiter marschiert“. Diesen unmöglichen Nachweis führt das Flugblatt allerdings auf eine Art, die selbst geistig schwerfällige Leute zum Lachen reizen muß. Es macht nämlich einen Vergleich auf zwischen den Unterstützungsleistungen des Gewerkschaftsvereins und denen unseres Verbandes, vermeidet aber ängstlich jede Angabe über die in den beiden Verbänden ausbezahlten Unterstützungssummen. Man sollte doch meinen, wenn die Leistungen und die Leistungsfähigkeit von zwei Verbänden verglichen werden soll, wären diese Angaben das erste, beste und nächstliegende Beweismaterial. Aber dann hätten die großsprecherischen Hirsche ihren Versuch von vornherein aufgeben müssen. Und deshalb vergleichen sie nicht exakte Zahlen, sondern — statistische Bestimmungen. Dabei kann natürlich schon deshalb nichts herauskommen, weil die Beiträge, die Karenzenzeiten, die Bezugszeiten, die Höhe, kurz alle Einzelheiten in beiden Verbänden differieren. Das Verfahren der Hirsche ist ebenso geistreich wie der Versuch, den Kölner Dom mit einer sauren Gurke auszumessen.

Mit der Einfältigkeit begnügen sich die Hirsch-Dunderschen Flugblattschreiber jedoch nicht, ein bißchen Falschheit muß auch dabei sein. Bievel, dafür nur ein Beispiel: In der Einleitung des Flugblatts heißt es: Die Erwerbslosenunterstützung des Fabrikarbeiterverbandes sei nur ein Trugbild, weil „den Mitgliedern nicht einmal ein gesetzliches Recht zum Bezuge dieser Unterstützung zusteht“. Dabei wissen die Hirsch-Dunderschen Brüder — wenn sie nicht hochdumm sind — ganz genau, daß diese Bestimmung unseres Statuts — die sich, nebenbei bemerkt, in den Statuten aller Gewerkschaften befindet — verhindert, daß unsere Verbandskasse der staatlichen Aufsicht unterstellt wird, daß es uns aber noch nie eingefallen ist, einem Mitgliede unter Hinweis auf diese Bestimmung die Unterstützung zu versagen. Also schon unter diesem Gesichtspunkte ist der Hinweis unehrlich. Es kommt aber noch schöner. Im Unterstützungsreglement desselben Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins, der das Flugblatt herausgibt, heißt es unter § 12:

„Sie (die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit) wird nur gewährt, soweit es die Klassenverhältnisse gestatten und bildet kein nachbares Recht der Mitglieder.“

Dieses Bröckchen mag genügen, um zu zeigen, nach welchen Grundregeln Hirsch-Dundersche Flugblattschreiber „arbeiten“. Es ist aber bezeichnend, daß das Flugblatt trotz der hier gekennzeichneten, denbar weitzerzogenen Auffassung von journalistischer Ehrlichkeit absolut nicht geeignet ist, den verblühten Glanz Hirsch-Dunderscher Gewerkschaftstätigkeit aufzufärben oder gar die Leistungsfähigkeit des Gewerkschaftsvereins der Fabrik- und Handarbeiter zu erweisen. Um aber allen, die es wissen wollen, zu zeigen, wie es mit der Bedeutung des Hirsch-Dunderschen Heftenröschens aussieht, stellen wir nachstehend die tatsächlichen Leistungen der Verbände gegenüber. Dabei haben wir, weil es sich im gleichen Aufwache mit erledigen ließ, auch unserem Neusschaffener Bruder in Christo mit zum Vergleich herangezogen.

Die erste Tabelle zeigt die Entwicklung des Mitgliederstandes in den letzten fünf Jahren.

	1907	1908	1909	1910	1911	Zunahme in 5 Jahren
Verband der Fabrikarbeiter	156 883	133 635	141 024	168 706	189 443	52 558
Hilfsarbeiter (christlich)	15 470	14 930	13 752	13 899	16 257	797
Fabrik- und Handarbeiter (Hirsch-Dunders)	15 846	15 256	15 587	17 633	18 215	2372

Der Fabrikarbeiterverband hat in den fünf Jahren mehr als 50 000 neue Mitglieder gewonnen, der christliche Verband noch nicht 1000 und der Hirsch-Dundersche Pragler ganz 2372. Bei diesem muß aber erwähnt werden, daß er vor zehn Jahren schon über 20000 Mitglieder hatte, also im letzten Jahrzehnt einem Jahrzehnt nichtschaffter gewerkschaftlicher Fortschritte, nach einige Tausend Mitglieder verloren hat. Die Leistungsfähigkeit eines Verbandes hängt aber in erster Linie von der Mitgliederzahl ab, nur eine massenreiche Organisation kann den Unternehmern Respekt einflößen.

Ein weiteres Maßmaß für die Leistungsfähigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation ist Zahl, Umfang und Erfolg ihrer Kämpfe. Leider ist ein einwandfreier Vergleich hier nicht möglich, weil die Statistik darüber bei den Christen mangelhaft ist, bei den Hirsch-Dunderschen ganz zu erzen liegt. Aber einen Anhaltspunkt geben die Zahlen über die für Lohnkämpfe angewandten Summen. Einen Vergleich dieser Ausgaben gibt die folgende Tabelle.

Es betrug die Ausgabe für Lohnkämpfe:

Jahr	Verband der Fabrikarbeiter	Hilfsarbeiter (christlich)	Fabrik- und Handarbeiter (H.-D.)
1907	422 339	51 907	52 724
1908	364 216	55 437	4 809
1909	396 827	97 390	3 114
1910	934 255	51 046	30 175
1911	928 844	37 142	28 266
Gesamt	3 046 481	270 981	118 888

Diese Aufstellung zeigt, daß die eigentliche Aufgabe einer Gewerkschaft, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, von den Hirsch-Dunderschen geradezu kräftig vernachlässigt wird. Im Jahre 1911 gab der Fabrikarbeiterverband durchschnittlich 4,90 M. pro Mitglied für Lohnkämpfe aus, der christliche Hilfsarbeiterverband 2,28 M. und der Gewerkschaftsverein der Fabrik- und Handarbeiter nur 1,55 M. Und das prahlt mit seinen Leistungen!

Mit den übrigen Unterstützungsleistungen steht es nicht wesentlich anders. Wenn aus den Unterstützungsleistungen des Gewerkschaftsvereins die Krankenunterstützung ausgegliedert wird — und die muß bei jeder vergleichenden Rechnung ausgegliedert werden, denn sie stellt eine völlig selbständige Einrichtung dar, deren Mitgliederkreis sich mit dem des Gewerkschaftsvereins absolut nicht deckt — dann bleibt an Leistungen für die Mitglieder nur ein mehr als bescheidenes Summchen übrig. Wir können hier nicht die gesamten Unter-



Erntelied.

Es steht ein goldnes Garbenfeld,
Das geht bis an den Rand der Welt.
Mahle, Mühle, mahle!

Es stockt der Wind im weiten Land;
Viel Mühlen stehn am Himmelsrand.
Mahle, Mühle, mahle!

Es kommt ein dunkles Abendrot;
Viel arme Leute schrein nach Brot.
Mahle, Mühle, mahle!

Es hält die Nacht den Sturm im Schoß,
Und morgen geht die Arbeit los.
Mahle, Mühle, mahle!

Es fegt der Sturm die Felder rein;
Es wird kein Mensch mehr hunger schrein.
Mahle, Mühle, mahle!



stützungseinrichtungen der Verbände gegenüberstellen, beschränken uns deshalb auf die für die gewerkschaftliche Tätigkeit wichtigste und hinsichtlich bedeutendste: die Unterstützung der Arbeitslosen.

An Reise- und Arbeitslosenunterstützung gaben aus:

Jahr	Verband der Fabrikarbeiter	Hilfsarbeiter (christlich)	Fabrik- und Handarbeiter (H.-D.)
1907	170 458	890	10 620
1908	379 310	3 796	21 357
1909	500 626	2 287	28 277
1910	350 049	4 080	14 888
1911	295 104	3 193	16 614
Gesamt	1 695 547	21 251	91 756

Die beiden zum Vergleich angezogenen Verbände gaben zusammen in fünf Jahren noch nicht soviel für Unterstützung der Arbeitslosen aus wie unser Verband in einem einzigen Jahre. Auch bei Unterrechnung der Summen auf die Zahl der Mitglieder steht der Fabrikarbeiterverband an der Spitze. Er gab im Jahre 1911 im Durchschnitt 1,55 M. pro Mitglied an Arbeitslosenunterstützung aus, der Gewerkschaftsverein der Fabrik- und Handarbeiter nur 91 Pf. und der christliche Hilfsarbeiterverband gar nur 19 Pf.

Wir könnten die Vergleiche noch weiter ausdehnen. Es würde sich z. B. zeigen, daß unser Verband mit seiner Verwaltung weit rationeller arbeitet als die beiden gegnerischen Organisationen, daß er prozentual viel weniger für Agitation, Verbandsorgan usw. ausgibt, also einen weit größeren Prozentsatz der Einnahmen in Form von Unterstützungen an die Mitglieder zurückfließen läßt. Für heute mag es aber mit den vorstehenden Zahlen sein Bewenden haben. Sie zeigen zur Genüge, mit welchem Recht die Hirsch-Dunderschen ihren Gewerkschaftsverein heranzurechnen.

Wer eine wirkliche Interessenvertretung sucht, wird sich schon hüten, eine Organisation zu unterstützen, die seit einem Jahrzehnt im Sterben liegt. Die ungelerten Arbeiter, die mit einem ebenso rücksichtslos wie finanziell starken Unternehmertum rechnen, haben eine starke leistungsfähige Organisation nötig, — die organisierte Ohnmacht kann ihnen nicht helfen, ob sie sich nun christlich oder Hirsch-Dundersch herausprahlt.

Rebellion unter den Gelben der Schamottefabrik H. E. Köp in Ludwigshafen.

Im Herbst vorigen Jahres legten die Arbeiter in obengenanntem Betrieb die Arbeit nieder, weil ihnen Streikarbeit für die bestreikte Firma Hilbig in Elmstedt zugewiesen wurde. Die Firma rang mit Hilfe des gelben Streikbrecheragenten Hilbig in Mannheim die Ausständigen nieder. Einige der Ausständigen wurden selbst arbeitswillig, andre wurden von auswärtig herangezogen, aber auch aus anderen Betrieben folgten einige Arbeiter den Lockungen des gelben Hilbig. Diese Leute wurden gewonnen, dem von Hilbig mit Unternehmerngeld geleiteten gelben vaterländischen Verein beizutreten. Hilbig gibt auch auf Kosten der Ludwigshafener Unternehmern ein gelbes Blättchen heraus, in dem er sich auf seine Erfolge nicht wenig jagt. Aber dieses Blatt liest, was zu der Ueberzeugung kommt, daß die Gelben mächtig vorwärts schreiten und in eitel Schwanz leben. Aber ein Pfad hinter die Kulissen lehrt etwas anderes. Mit den Gelben in der Amstufabrik sind wir ja glücklich soweit, daß wir seit

Monaten Besprechungen mit diesen Leuten abhalten, wenn sie auch vorläufig noch nicht die Konsequenzen aus ihrem Verhalten ziehen. Aber in der Schamottefabrik, wo wir die gelben gelassen haben, die den Beweis des Arbeiterverrats erbracht haben, glauben selbst wir an ein festes Gefüge der Gelben. Die neuesten Vorgänge belehren uns anders. Am 15. Juli hielten die Arbeiter eine Versammlung ab, zu der sie den Jahrestellenleiter unseres Verbandes eingeladen hatten. Dort lernten wir dann Gestalten kennen, die zitternd ihre Notlagen, aber noch mehr Furcht vor unsern Kollegen Haupt an den Tag legten, weil sie von ihm Vorwürfe über ihr bisheriges Verhalten gewarnten. Als der Kontakt hergestellt war, machten die nach ihrer Aussage in den gelben Verein getretenen Arbeiter ihrem Herzen Luft und erzählten, daß am Tage eine Prügeln im Betriebe stattgefunden habe, bei der Blut geflossen sei. Ein Arbeiter Chemann, Kassierer des gelben Vereins, hatte einen Arbeiter, der sich weigerte, in den gelben Verein zu gehen, mit der Schippe bearbeitet und schwer verletzt. Die Arbeiter verlangten nunmehr die Entlassung des Prügelhelms. In der Versammlung war aber nicht ganz die Hälfte der Arbeiter anwesend; weshalb ihnen der Vorschlag gemacht wurde, eine weitere Versammlung abzuhalten, in der die Mehrzahl der Arbeiter zu erscheinen hat, um dann durch die Organisation die Gelben vor diesem Terrorismus zu schützen. Zwei Tage später sollte die Versammlung sein, aber der gelbe Sekretär Hilbig hatte zum selben Abend eine Versammlung einberufen, in der 9 Arbeiter anwesend waren, und in welcher Hilbig über den gelben Verein und die Vorgänge in der Fabrik sprach. Die Arbeiter verlangten die Entlassung des Chemann Hilbig gelang es aber, die Entlassung dadurch zu hintertreiben, daß er einen Beschluß herbeiführte, den Chemann noch 14 Tage im Betrieb zu belassen. Bis dahin glaubt er seine Schäfchen wieder beruhigt zu haben. Es ist aber doch ein bedenkliches Zeichen für die gelbe Verräterei, wenn die Mitglieder beim Fabrikarbeiterverband Schutz suchen müssen. Bei dieser Gelegenheit kündigte die Firma zwei ehemalige Streikbrecher, wovon einer einige Wochen mitgesetzt hatte, der andre aber seine Stelle in einer Maschinenfabrik, wo er jahrelang gearbeitet hatte, aufgab und in dem besten Betrieb als Arbeitswilliger eintrat. So ist die Zahl der ehemaligen Streikbrecher auf jetzt 5 von 28 zusammengeschrumpft; das Glück der letzten schlägt auch bald. Ein Former, der erklärte, er habe mit dem Verband nichts zu schaffen, beschäftigte die von uns schon längst ausgesprochene Tatsache, daß seit dem Streik kein brauchbarer Former in der Fabrik gearbeitet habe, mit Ausnahme zweier organisierter, die jedoch bald die unglückliche Stätte wieder verließen. Der Herr-im-Hause-Standpunkt löst also der Firma allerdings Geld und wird sie mit der Zeit noch vollständig lottunrennzunfähig machen. Wie der Geschäftsführer Greb, der als der eigentliche Scharfmacher zu betrachten ist, Former heranzuziehen sucht, beweist folgende Postkarte, die zwei Mitgliedern in Oberbollenhof im Rheinland zingingen:

Herrn G. . . . u. G. . . ., Oberbollenhof.

Wir empfangen Ihre Angebot und teilen darauf mit, daß Sie als Schamottefabrik-Former sofort bei uns eintreten können. Sie können sich pro Woche bei täglich 9stündiger Arbeitszeit 30 bis 35 M. und mehr verdienen. Nur machen wir zur Bedingung, daß Sie keinem sozialdemokratischen Verein angehören, und müssen Sie bei Eintritt in unsern Betrieb dem vaterländischen Arbeiterverein beitreten, von welchem Sie großen Nutzen haben. Falls Sie damit einverstanden sind, dann geben Sie uns sofort Nachricht.

Wichtiges!

Ludwigshafen a. Rh., 26. 6. 1912.

Schamotte- und Tonwaren-Fabrik, Ludwigshafen, H. E. Köp, Greb.

Die Arbeiter lehnten dankend ab. Der große Nutzen des vaterländischen Vereins besteht gewiß in den Prügeln, die vom Kassierer Chemann im Beisein des Betriebsführers Greb ausgeübt werden. Organisierte Arbeiter bleiben diesem Betrieb fern.

Christliche Duldsamkeit.

In diesem schier unerhöhllichen Kapitel sendet uns ein Kollege aus dem Westerwald folgenden Beitrag:

„... Seit ich jetzt hier in B. öffentlich für unsern Verband agitiere, habe ich mir den Haß aller „christlich“ und „national“ denkenden Männer zugezogen. Ich habe voriges Jahr im November geheiratet und zog nach dem dreiviertel Stunde von B. entfernten Orte M. Am 1. April mietete ich mir eine Wohnung in B., in die ich am 15. April einziehen wollte. Doch „mit des Geschickes Mächten“ ist kein ew'ger Dorn zu stechen“. Am 14. April wurde mir die Wohnung abgefragt. Auf Befragen erklärte der Hausbesitzer, daß wären seine Sachen. Ich mietete denselben Tag noch eine andre Wohnung. Kaum wohnte ich vier Wochen darin, als mir der Hausbesitzer eröffnete, wenn ich meine Agitation nicht ließe und meine Gesinnung nicht ändere, müßte ich ausziehen. Meine Gesinnung konnte der gute Mann aber schon vorher, deshalb fragte ich, was ihn eigentlich zu seinem Verhalten veranlasse. Darauf antwortete er, die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins ließen ihm keine Ruhe.“

Ja, ja, die christliche Liebe und Duldsamkeit äußert sich oft auf recht sonderbare Weise.

Rundschau.

Organisationsfeindschaft der Firma Harry Trüller in Celle.

Ein eingeleiteter Gegner des Koalitionsrechts der Arbeiter ist Herr Harry Trüller, Zwieback-, Waffel- und Keksfabrikant in Celle. Jedem Neuen... werden sich folgender Revuers zur Unterzeichnung vorgelegt: „Ich verspreche, daß ich nicht Mitglied des Bäder- und Konditorverbandes bin und verpflichte mich, weder innerhalb noch außerhalb der Arbeitsstätte für diesen Verband tätig zu sein.“ Herr Trüller, der selbst Vorsitzender einer Fabrikantenvereinigung ist, scheut also nicht davor zurück, den Beschäftigten das Koalitionsrecht zu rauben. Von der zuständigen Organisationsleitung wurde versucht, in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit dem Fabrikanten herbeizuführen. Sie wurde jedoch abgewiesen, mit der Bemerkung, daß sich Trüller unter keinen Umständen in eine Aussprache einlassen werde. Da der Unternehmer auch Vizepräsident der Großverbrauchervereins der Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist, wurde ein letzter Vermittlungsversuch durch Herrn Generalsekretär Kaufmann unternommen. Jedoch auch dieser scheiterte. Herr Trüller erklärte hier rüdemweg, daß er sich nicht zum Erlaßen des Verbandes der Bäder machen lasse, dann verzichtete er lieber auf das ganze Geschäft.

Nachdem nun alle Versuche gescheitert waren, um die Anerkennung des Koalitionsrechts für die Beschäftigten zu erwirken, besetzte sich die organisierte Arbeiterschaft in Celle mit diesen Vorgängen in einer öffentlichen Versammlung. Dort wurde einstimmig beschlossen, bei den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen die Verhängung des Boykotts über die Produkte der Firma Trüller zu beantragen. Die Versammlung wurde auch stattgegeben. Seine Waren setzt Herr Trüller hauptsächlich außer in den Konsumvereinen auf den Bahnhöfen, in den Bädereien, Konditoreien, Kaffee- und Kolonialwarengeschäften usw. Die Firma ist mit ihren Kaffeemarteln hauptsächlich auf die Arbeiterklasse als Konsumenten angewiesen, wie auch das Hauptabgabebiet in diesen Kreisen besteht. Die Arbeiterschaft hat aber gar kein Interesse daran, eine Firma zu unterstützen, die ihr so rücksichtslos Feinde ansetzt.

Von der geführten Existenz der Arbeiter.

Vor einigen Tagen wurde von dem Inhaber der Seifenfabrik Gähler in Dresden ein Arbeiter entlassen, der seine Arbeitskraft 24 Jahre in dem Betriebe geopfert hat. Als Grund der Entlassung wurde Arbeitsmangel angegeben. Ob der angegebene Entlassungsgrund den Tatsachen entspricht, ist sehr zweifelhaft. Daß der Entlassene immer seine Schuldigkeit getan, beweist das ausgedehnte Zeugnis: „Inhaber dieses Zeugnisses... war vom 1. August 1888 bis 20. Juli 1912 als Arbeiter bei mir beschäftigt. Er hat sich während dieser Zeit gut geführt und sich als fleißig und ehrlich erwiesen.“

reg.: G. A. Gähler.“ In ähnlicher Weise hat die Firma bereits vor drei Jahren gehandelt, wo ebenfalls einer der ältesten Arbeiter wegen Krankheit entlassen wurde. Und da spricht man von der vollen Komposthaufen der Arbeiter! Ein Grund mehr, daß sich die Dresdner Seifenarbeiter noch fester zusammenschließen.